



# ZUKUNFTSRADAR LIECHTENSTEIN 2015

Herausforderungen und Ideen  
für eine erfolgreiche Zukunft

Eine Studie im Auftrag von



© Liechtenstein-Institut, Barend  
August 2015

Liechtenstein-Institut  
Auf dem Kirchhügel  
St. Luziweg 2  
9487 Barend  
Liechtenstein  
T +423 / 373 30 22  
F +423 / 373 54 22  
[info@liechtenstein-institut.li](mailto:info@liechtenstein-institut.li)  
[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

# 1 EINLEITUNG

Die im Herbst 2014 gegründete Stiftung Zukunft.li erteilte dem Liechtenstein-Institut den Auftrag, eine Expertenbefragung zu den Zukunftsperspektiven Liechtensteins und der Region durchzuführen. Die Stiftung Zukunft.li versteht sich als liberaler Think-Tank für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für die Entwicklung und Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Sie will den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik pflegen und verfolgt den Zweck, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung Liechtensteins durch Wissensvermittlung und Beiträge zur Meinungsbildung in den genannten übergeordneten Policy-Feldern beizutragen.

In einem ersten Konzept schlug das Liechtenstein-Institut eine umfassende Erhebung vor, in welcher neben einer Expertenbefragung auch eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, Gruppeninterviews sowie Analysen von politischen Debatten und medialer Berichterstattung vorgesehen waren. Die Stiftung Zukunft.li entschied sich jedoch, in einem ersten Schritt eine Expertenbefragung durchzuführen und allenfalls in weiteren Schritten noch andere methodische Zugänge zum Thema Zukunftsperspektiven zu wählen.

Die Expertenbefragung weist auf Risiken und Gefahren, aber auch auf Chancen und Potenziale Liechtensteins und der Region hin. Im Fokus steht dabei der Zukunftshorizont der nächsten rund zehn bis zwanzig Jahre. Jede Gesellschaft befasst sich laufend mit Fragen der Zukunft. Die Stiftung Zukunft.li kann der aktiven Auseinandersetzung mit wichtigen Zukunftsfragen zweifellos neue Impulse verleihen. Die vorliegende Expertenbefragung soll hierzu einen kleinen Beitrag leisten.

Unter Expertenbefragung wird eine in der empirischen Sozialforschung häufig eingesetzte Methode verstanden, um bei einem ausgewählten Personenkreis Expertenwissen aus deren spezifischen Fachgebieten abzuholen. Die Befragung wird mittels eines Leitfadens durchgeführt, um einerseits möglichst ungefiltert die Meinungen der Befragten in Erfahrung zu bringen, andererseits nötigenfalls auch Themen anzusprechen, die von den Befragten nicht von ihnen aus genannt werden. Im vorliegenden Fall wurde eine Auswahl von zu befragenden Personen getroffen, die eine breite thematische Abdeckung verspricht. Die Auswahl der Interviewten, der Leitfaden für die Interviews, die Durchführung und Dokumentation der Befragung sowie das methodische Vorgehen bei der Auswertung sind im Anhang ausgeführt.

Parallel zur Expertenbefragung führten Vertreter der Stiftung Zukunft.li Gespräche mit Repräsentanten der Politik, von Behörden und Verbänden, die deshalb bei der Expertenbefragung nicht berücksichtigt wurden. Es muss betont werden, dass die Expertenbefragung keine Repräsentativität beansprucht und quantitative Auswertungen nicht zielführend sind. Ziel war vielmehr, Chancen und Gefahren, Perspektiven und Herausforderungen aus dem Blickwinkel von rund 30 Befragten sichtbar zu machen. Eine gewisse Gewichtung ergibt sich dabei dadurch, dass einzelne Themen direkt angesprochen wurden, andere nur auf Nachfrage. Ferner kann die Tatsache, ob ein Thema von vielen, von einigen oder nur von wenigen angesprochen wurde, ein Hinweis auf die Bedeutung eines Themas sein.

## 2 AUSWERTUNG EXPERTENINTERVIEWS

Die Auswertung der Experteninterviews erfolgt entlang folgender Kapitel: Wirtschaft; Politik und Staat; Region und internationale Zusammenarbeit; Soziale Zusammenhänge und Herausforderungen; Umwelt; Bildung und Forschung; Gesellschaft und Individuum.

Die Vielzahl an Meinungen und Einschätzungen der Expertenbefragung ergibt im Resultat keine fertigen Antworten und Handlungsanweisungen zu aktuellen oder sich abzeichnenden Herausforderungen. Vielmehr wird eine Themenagenda ausgebreitet, die viele Fragen aufwirft und Bedarf nach vertieften Analysen und weiteren Untersuchungen aufzeigt, öffentliche Debatten initiieren und letztlich politische Handlungen auslösen kann.

In den folgenden thematischen Kapiteln stellen wir den Kommentaren und Argumenten der Befragten jeweils eine Zusammenfassung als «Fazit aus den Interviews» zum betreffenden Themenkomplex voran. Die Kapitel werden am Ende jeweils mit einer Auflistung von Forschungsfragen geschlossen, die sich aus den Interviews ableiten lassen.

Auf die weibliche Form bei der Nennung von Experten, Befragten, Interviewten etc. wird im Folgenden bewusst verzichtet, um mögliche Rückschlüsse auf weibliche Personen (vier insgesamt) zu vermeiden und die Anonymität zu gewährleisten.

### 2.1 Wirtschaft

**FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA WIRTSCHAFT | Die Umbrüche im Finanzplatz stellen eine Herausforderung für die Zukunft dar und bewirken eine Lücke bei den Steuereinnahmen. Es müssen neue Nischen gefunden und dabei auch Investitionen getätigt und der Sparkurs verlassen werden. Die Frankenstärke und die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bergen neue Gefahren. Liechtenstein sollte die Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes nicht mehr weiter dem Zufall überlassen. Der Industriestandort wurde in der Vergangenheit zu we-**

**nig beachtet und müsste als Standort vermehrt gepflegt werden. Es braucht eine Grundsatzdiskussion über die Öffnung der Landesgrenzen, wobei Identität und Attraktivität bewahrt werden müssen. Investitionen in die Bildung der Liechtensteiner müssen verstärkt und dem Braindrain muss aktiv entgegengewirkt werden. Wirtschaftliches Wachstum ist zwar wichtig und nötig, um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, das Wachstum muss aber qualitativ sein (beispielsweise durch den Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen).**

#### 2.1.1 Finanzplatz

Die Umbruchphase, in welcher sich der Finanzplatz Liechtensteins befindet, wird von vielen Befragten als grosse Herausforderung der Gegenwart und nahen Zukunft genannt. Die Veränderungen, die sich aufgrund des internationalen Drucks und der Steuerkooperation für diesen Wirtschaftssektor ergeben haben, führen dazu, dass in Liechtenstein eine Lücke bei den Steuereinnahmen entstanden ist. Das Geld werde sich in Zukunft nicht mehr so leicht

verdienen lassen und es gelte, neue Nischen zu finden, mit welchen man sich von anderen Finanzplätzen abheben könne. Eine neue Kernaufgabe müsse mit Hilfe einer systematischen Kosten-Nutzen-Analyse sowie einer Diskussion in der Öffentlichkeit gefunden werden. Wenn eine solche Kernaufgabe gefunden wird, dann dürfe sich Liechtenstein auch nicht davor scheuen, Investitionen zu tätigen. Mit dem Sparkurs alleine könne man in Zukunft nicht bestehen.

Damit der Finanzplatz weiter existieren könne, müssten Standards und Normen wie Steuertransparenz und Anlegerschutz angepasst, Marktzugänge auf andere Finanzplätze gesichert sowie ein gutes Netzwerk von Doppelbesteuerungsabkommen errichtet werden. Die Befragten sind sich einig, dass der Finanzplatz in Zukunft jedoch anders aussehen und weniger Einnahmen generieren wird. Banken werde es weiterhin geben und auch den Treuhandbereich, dieser werde aber sehr spezialisiert sein, da kein einfaches Massengeschäft mehr möglich sei. Dies habe zur Konsequenz, dass im Treuhandbereich weitere Konsolidierungen stattfinden werden. Dem Weiterbestehen des Fondsplatzes sieht ein Experte mit Skepsis entgegen, da dieser immer mehr unter den EWR-Regulierungen leiden werde, weil in diesem Bereich die EU-Gesetzgebung noch nicht Bestandteil des EWR ist. Jedoch identifiziert dieser Befragte grosses Potenzial im Versicherungsbereich.

Mehrere Interviewte sehen der Zukunft des Finanzplatzes mit Sorge entgegen. Die Transformation des Finanzplatzes sei schmerzhaft. Auch andere Herausforderungen, insbesondere jene durch die Frankenstärke und die Verschärfung der volkswirtschaftlichen Situation Liechtensteins durch die schweizerische Masseneinwanderungsinitiative, würden zunehmen und die Einnahmen des Staates erheblich zurückgehen. Ausserdem seien viele Altlasten im Treuhandbereich zu beseitigen. Dort müsse eine Neuausrichtung der Strategie stattfinden sowie eine klare Vorgehensweise kommuniziert werden. Die zwei Geschäftsmodelle «Weissgeldstrategie» und das «Handeln nach altem Muster» seien nicht kompatibel. Damit Liechtenstein vom sogenannten «On-Shore-Geschäft» (neues Geschäftsmodell) leben kann, brauche es genügend Arbeitskräfte, und dementsprechend spricht sich eine Person für ein Liechtenstein mit 100'000 Einwohnern aus. Ein weiterer Interviewpartner betont, dass die Abhängigkeit vom Finanzplatz reduziert werden müsse. Die Wirtschaft soll auf andere Beine gestellt werden. Insbesondere die Industrie könnte mit innovativen Unternehmen in die Bresche springen.

«Der Wegfall des Finanzplatzes als Haupteinnahmequelle stellt eine grosse Herausforderung für Liechtenstein dar. Aus diesem Grund muss ein Ersatzweig gefunden werden, in welchem sich Liechtenstein als Standort wieder profilieren kann.»

## 2.1.2 Standort

Aus der Diskussion um den Finanzplatz ergibt sich auch allgemein die Frage, wie der liechtensteinische Wirtschaftsstandort ausgerichtet sein soll und ob das Land in diesem Bereich für die Zukunft gerüstet ist. Dazu brauche es eine Analyse der Aspekte «was haben wir, was brauchen wir und was können wir bieten». Solche grundlegenden Fragen werden heute gemäss einigen Interviewten zu sehr dem Zufall überlassen. Die Ansiedelung von Unternehmen im Land stelle eine konstante Herausforderung dar. Hierbei reiche der Standortfaktor Steuern nicht aus. Andere Kriterien wie schnelle Reaktionsfähigkeit, gutes Bildungswesen, kulturelle Angebote, hohe Lebensqualität oder Verkehrsanschlüsse seien ebenfalls

entscheidend. Damit sich KMUs ansiedeln können, müsse der Staat auch den Wohnungs- und Grundstücksmarkt regulieren. Die Standortqualität müsse durch weniger Bürokratie und einfache Prozesse (Beispiel E-Governance) verbessert werden. Im Generellen sollten von der Politik gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden. Darüber, welche Rolle der Staat oder die Wirtschaft bei der Schaffung dieser Rahmenbedingungen spielen sollte, gehen die Meinungen der Befragten weit auseinander: Auf der einen Seite wird postuliert, dass sich der Staat möglichst heraushalten soll, auf der anderen Seite soll der Staat Anreize schaffen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Einig ist sich die Mehrheit der Befragten in dem Punkt, dass in Zukunft die Zentralen und Innovations- und Dienstleistungszentren der Firmen in Liechtenstein bleiben würden, aber die Produktion (insbesondere die unqualifizierten Arbeitsplätze) ins Ausland verschoben werden.

Als für Liechtenstein günstige Standortfaktoren werden die kurzen Wege, die Qualität der Arbeitskräfte, die Anpassungsfähigkeit, die hohe Qualität der Dienstleistungen sowie die Lebensqualität generell genannt. Als Beispiel für eine mögliche Nische, in welcher sich Liechtenstein profilieren könnte, wird das Konzept der «Green Economy» erwähnt, das sich in Liechtenstein gut umsetzen liesse. Auch die Möglichkeit eines Wertschöpfungstourismus wäre für Liechtenstein mit dem Alleinstellungsmerkmal der letzten deutschsprachigen Monarchie vorhanden. Mehrfach betont wird auch, dass Liechtenstein im Bereich der Digitalisierung (Beispiel FINTECH) eine Vorreiterrolle einnehmen könnte.

Auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Liechtensteins angesprochen, äussern sich alle Befragten sehr positiv. Liechtenstein sei international gut positioniert, da das Land gute Qualität und Verlässlichkeit biete. Obwohl die Wirtschaft sehr spezialisiert sei, wird sie als global sehr gut aufgestellt wahrgenommen. Eine Person betont, dass der EWR entscheidend zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen habe. Liechtenstein sei nach der Sicherstellung der Souveränität durch Beitritte in die UNO, den Europarat und den EWR und die Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in die dritte Phase der «Transparenz und Globalisierung» eingetreten, in welcher Reputation und Kommunikation extrem wichtig seien.

### 2.1.3 Arbeitskräfte und Arbeitsmarkt

Im Bereich Arbeitskräfte/Arbeitsmarkt stellen sich viele Interviewte insbesondere die Frage, wie es Liechtenstein in Zukunft gelingen kann, trotz der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz genügend qualifizierte Arbeitskräfte für das Land Liechtenstein zu gewinnen. Die drohende Gefahr einer Schliessung der Schweizer Grenzen führe dazu, dass Liechtenstein eine Grundsatzdiskussion über die Öffnung des Landes führen müsse. Dabei entstehe ein Zielkonflikt zwischen der Wahrung der Identität und der Erhöhung der Attraktivität. Liechtenstein befinde sich grundsätzlich in einem Spannungsfeld zwischen Überfremdung und der Anzahl notwendiger Arbeitskräfte.

Investitionen in die Bildung, vor allem in die industrierelevante, erachten viele Interviewte als sehr wichtig. Der Arbeitsmarkt müsse ausserdem flexibler werden. Der

.....  
«Liechtenstein ist aufgrund seines flexiblen und anpassungsfähigen Arbeitsmarktes und guten Fachkräften für die Zukunft sehr gut aufgestellt. Damit dies so bleibt, muss vor allem industrie-relevante Bildung gefördert werden.»  
.....

Braindrain, der nicht nur Liechtenstein, sondern die gesamte Region betreffe, wird als sehr beunruhigend wahrgenommen. Um dem entgegenzuwirken, müsse in die Attraktivität der Region investiert werden. Ein Grund für die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften könne darin liegen, dass einerseits die Kreativität im Land nicht gefördert werde und andererseits «Engstirnigkeit» und «Visionslosigkeit» im Land herrschten.

Damit qualifizierte Arbeitskräfte langfristig in Liechtenstein bleiben, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen stimmen. Attraktive Arbeitgeber, flexible Arbeitszeiten, Home-Office-Modelle sowie die soziale Einbindung von Zugezogenen werden in diesem Zusammenhang von den Interviewpartnern genannt. Arbeitsplätze für Unqualifizierte würden in Liechtenstein weiter zurückgehen. Gleichzeitig würden aber neue Bereiche der Beschäftigung, zum Beispiel im Haushalt, in der Pflege oder im Non-Profit-Bereich entstehen. Die hohe Arbeitsmoral der Region Liechtenstein wird von mehreren Befragten positiv unterstrichen. Diese spreche auch für gute Zukunftsaussichten der gesamten Region.

## 2.1.4 Wachstum

In Bezug auf das wirtschaftliche Wachstum Liechtensteins äussern sich die meisten Befragten zuversichtlich. Das gute Unternehmertum, die stabile Sozialpartnerschaft, die hohe Flexibilität und die kurzen Wege werden für das wirtschaftliche Wachstum als förderlich angesehen. Viele Befragte warnen jedoch vor einem ungebremsten quantitativen Wachstum. Das Wachstum dürfe nicht auf Kosten der Natur oder der Gesellschaft stattfinden und müsse immer auch qualitativ und nachhaltig sein. Eine Person weist darauf hin, dass Wachstum bis anhin nur durch eine Zunahme der Arbeitsplätze bestimmt war. Dies sei langfristig nicht haltbar. Wünschenswert wäre ein qualitatives Wachstum, welches durch den Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen zustandekommen kann. Im Kontext des quantitativen, beschäftigungsgetriebenen Wachstums werden auch gesellschaftspolitische und raumplanerische Herausforderungen genannt.

«Wirtschaftswachstum ist nicht das oberste Ziel. Ein rein monetärer Ansatz sollte nicht verfolgt werden. Ein Lebensqualitätsindikator wäre sinnvoller.»

## 2.1.5 Industrie

Die Mehrheit der Befragten sieht eine gute Zukunft für den Industriestandort. Betont wird dabei die bedeutsame Rolle von Forschungseinrichtungen wie dem NTB, welche wichtige Innovationstreiber seien. Hervorgehoben werden von einigen Befragten auch die liberalen Standortfaktoren, welche weiter vorhanden sein müssten, damit der Industriestandort sich weiterentwickeln könne.

Auf der anderen Seite erklären einige Interviewte, dass es in Liechtenstein in 20 Jahren keine Industrie im eigentlichen Sinne mehr geben werde. Als Gründe dafür werden die hohen Lohnkosten, aber auch die hohen Preise für andere Ressourcen wie zum Beispiel Energie genannt. Die Produktion werde zunehmend durch Dienstleistungen ersetzt. Dies habe auch sozialpolitische Konsequenzen, denn nicht-qualifizierte Arbeitnehmer würden dadurch ihre Arbeit verlieren und die Arbeitslosigkeit werde so deutlich steigen. Betont wird auch, dass der

«In 10 bis 20 Jahren wird es in Liechtenstein keine produzierende Industrie mehr geben. Dies hat zur Folge, dass der Druck auf unser Bildungssystem erhöht wird. Die Frage bleibt demnach, wohin mit den nicht-qualifizierten Arbeitskräften. Dieses Problem muss jetzt behandelt werden, was jedoch im heutigen politischen Umfeld sehr schwierig ist.»

Industriestandort in der Vergangenheit zu wenig beachtet wurde. Hier müsse vermehrte Standortpflege betrieben werden.

### Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Wirtschaft ergeben

Rahmenbedingungen	Identifikation zentraler Rahmenbedingungen für Unternehmen und Neuansiedlungen; Rolle des Staates, der Wirtschaft und anderer Akteure zu deren Optimierung
Beschäftigungsentwicklung	Prognose nach Sektoren und Qualifikationen. Wie viele Arbeitsplätze braucht/will Liechtenstein?
Beschäftigungsquote	Erwerbsquoten, Arbeitslosigkeit, Working Poor
Masseneinwanderungsinitiative	Konsequenzen der Masseneinwanderungsinitiative für Beschäftigung, Wohnsitznahme etc.
Steuerungsfähigkeit	Steuerungsfähigkeit des Kleinstaates im Zeitalter der Globalisierung
Ausrichtung Wirtschaftsstandort, Zukunft Finanzplatz	Was hat Liechtenstein, was braucht Liechtenstein, was kann Liechtenstein bieten? Welche Nischen können und sollen in Zukunft besetzt werden (Versicherungsstandort, Datenstandort, Green Economy, Wertschöpfungstourismus etc.)?
Qualitatives (nachhaltiges) Wachstum	Was steckt hinter diesem Schlagwort? Wie kann es erreicht werden? Welche Konsequenzen ergeben sich?

## 2.2 Politik und Staat

FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA POLITIK UND STAAT | Die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins muss immer wieder verteidigt und darf nicht als selbstverständlich angesehen werden. Die Kleinräumigkeit birgt die Gefahr der Korruption und dass Probleme nicht proaktiv, sondern nur auf Druck von aussen angegangen werden. Es fehlt in Liechtenstein an einer politischen Vision und es besteht die Gefahr, dass Einzelinteressen die Entstehung eines Wir-Gefühls behindern und das Kostenargument einen politischen Diskurs verhindert. Die Monarchie macht Liech-

tenstein einzigartig und stabil, sie hemmt aber gleichzeitig den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Die Machtbefugnisse und Ressourcen der Gemeinden werden als zu gross wahrgenommen, hier besteht auch Einsparpotenzial. In der internationalen Zusammenarbeit muss Liechtenstein Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen und darf sich nicht von anderen Ländern abschotten. Das Bewusstsein und das Wissen um Entscheidungsfindungsprozesse sind zu wenig vorhanden.

Staatspolitische Themen und Herausforderungen werden von allen Befragten als besonders wichtig erachtet und von der grossen Mehrheit ohne spezifisches Nachfragen angesprochen.

## 2.2.1 Staatsverständnis und Machtbefugnisse

Das Thema der Kleinstaatlichkeit wird von den meisten Befragten als Herausforderung oder Chance für die Zukunft genannt. Die Eigenstaatlichkeit in einem Land mit 37'000 Einwohnern zu bewahren, dürfe nicht als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Es brauche genügend qualifizierte Arbeitskräfte, was bei so wenigen Einwohnern schwierig zu bewerkstelligen sei. Die Souveränität müsse auch in Zukunft verteidigt werden. Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen reiche nicht aus, man müsse auch darüber hinaus präsent sein. Deswegen müsse die Aussenpolitik klare Interessen definieren, um die Wahrnehmung Liechtensteins zu erhöhen.

Die Kleinheit des Landes bringe die Gefahr der Korruption mit sich. Freundschaften werden auch in der Politik eingelöst und man arbeite sich gegenseitig Vorteile zu, häufig auf Kosten der Allgemeinheit. Einige vermissen beispielsweise in den Bereichen der Lohnpolitik (Beispiel Eurolöhne), der Masseneinwanderungsinitiative oder des starken Frankens Handlungen seitens der Regierung. Grundsätzlich wird häufig bemängelt, dass Liechtenstein und insbesondere die liechtensteinische Politik auf Herausforderungen immer nur dann reagiere, wenn der Druck schon ziemlich gross sei. Proaktiv würden kaum Herausforderungen angegangen (siehe Kapitel «Politischer Dialog/politische Visionen»). Andere sind der Meinung, dass Kleinstaaten nur durch eine starke Hand überleben können. Dies wäre im Falle Liechtenstein der Fürst. Nur als reine Demokratie könne Liechtenstein nicht bestehen, da die beiden Regierungsparteien überfordert wären.

Viele Befragte weisen darauf hin, dass Liechtenstein auf die Region und Partnerschaften angewiesen sei und sich trotz Souveränität nicht abschotten dürfe. Die Gefahr einer Abschottung bestehe insbesondere in den Bereichen der Einwanderung und des Finanzplatzes. Dass die Machtbefugnisse der Gemeinden in vielen Fragen, wie zum Beispiel in der Raumplanung oder Verkehrslösungen, zu hoch sind, wird von einem Teil der Befragten ebenfalls betont. In diesem Zusammenhang wird auch die Diskrepanz zwischen den Sparbemühungen des Landes und den als hoch wahrgenommenen finanziellen Mitteln und Ausgaben der Gemeinden hervorgehoben.

Auch bei der Zusammenarbeit auf Gemeindeebene bestehe Verbesserungsbedarf. Dies habe aber wiederum mit der Kleinheit des Landes zu tun und damit, dass Gemeinden ihre Macht nicht abgeben wollen.

Einige Interviewte sind der Ansicht, dass Liechtenstein zu sehr auf Kosten anderer lebe und ein Teil des Wohlstandes oder beispielsweise auch die hervorragende Industriebasis nur auf Kosten anderer möglich sei. Hier müsse unbedingt eine Korrektur des Grundverständnisses vorgenommen werden. Grundsätzlich werde in der liechtensteinischen Politik der «Gedanke des Zuhörens» nicht gelebt. Von einigen Befragten wird bemängelt, dass in der internationalen Zusammenarbeit die Solidarität seitens Liechtensteins eine zu geringe Rolle spiele. Darüber hinaus müsse sich Liechtenstein glaubhaft vom Image als Steuerparadies

.....  
«Die Kleinheit macht das Ganze sehr fragil. Liechtenstein könnte als reine Demokratie nicht bestehen und die Monarchie bildet eine Klammer um das ganze System. Auf sich alleine gestellt wären die Parteien nicht handlungsfähig.»  
.....

.....  
«Liechtenstein muss einen Weg finden, ein ganz normaler Staat zu werden, der ohne die im internationalen Vergleich hohen Privilegien auskommt.»  
.....

verabschieden und Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen, damit wieder internationale Partnerschaften möglich seien.

## 2.2.2 Politischer Dialog/politische Visionen

Die grosse Mehrheit der Befragten bedauert, dass es keine klare Vision über die Zukunft Liechtensteins gebe. Grundsatzfragen wie zum Beispiel, ob Liechtenstein ein Stadt-Staat oder ländlich sein wolle, würden nicht diskutiert. Manche führen dies unter anderem auf die fehlende politische Bildung zurück. Eine Visionslosigkeit herrsche aber auch, weil Probleme bis anhin immer mit Geld gelöst werden konnten. Daraus hätten sich Struktur- und Orientierungsprobleme sowie mangelnde Grundlagen für politische Handlungen und Initiativen ergeben. Auch deswegen seien zum Beispiel jahrelang keine Reformen im Justiz- oder Gesundheitsbereich durchgeführt worden, obwohl diese dringend nötig gewesen wären. Das politische Handeln bestehe grundsätzlich aus Reagieren (z.B. Fall Heinrich Kieber), wodurch Chancen verpasst würden. Viele Befragte warnen auch vor der Gefahr von Einzelinteressen, welche in Liechtenstein zu gross seien und die Entstehung eines Wir-Gefühls behindern. Grund dafür sei sicherlich auch der hohe Wohlstand, deswegen finde (aus Bequemlichkeit) auch kein langfristiges Denken statt.

«Die Mutlosigkeit und Perspektivlosigkeit empfinde ich als sehr besorgniserregend, denn dies macht das liechtensteinische System sehr fragil. Das Denken der Regierung ist zu eindimensional, denn man spart nur noch. Der Mut, Geld zu investieren, fehlt.»

Die Mut- und Perspektivlosigkeit der Politik mache das System extrem fragil. Die Aufgabe der Regierung sei es, grundsätzlich zu erkennen, wo Handlungsbedarf bestehe und entsprechend zu handeln, auch wenn dies schmerzhaft sei. Es fänden auch keine oder zu wenig politische Diskussionen statt, denn die politische Debatte werde durch das Kostenargument völlig erdrückt, so ein Grossteil der Befragten. Der politische Dialog werde daher sehr eindimensional geführt, es werde nicht mehr sinnvoll investiert und der politische Prozess sei diesbezüglich zum Stillstand gekommen.

## 2.2.3 Demokratiequalität/Verhältnis Monarchie-Demokratie

Die Stellung des Fürsten und die Qualität der Demokratie in Liechtenstein werden nur von einigen Interviewten selbst angesprochen und meist erst bei konkretem Nachfragen diskutiert. Grundsätzlich wird das Vertrauen der Bevölkerung in den Fürsten, das Fürstenhaus und die Institution der Monarchie als sehr hoch eingeschätzt. Die Monarchie mache Liechtenstein einzigartig und wird daher als stark identitätsstiftend wahrgenommen. Ausserdem werde die politische Stabilität durch das Vorhandensein des Fürstenhauses gestärkt. Wenn diese Position mit viel Verantwortung ausgeübt werde und es nur wenig Interventionen gebe, dann trage das System dazu bei, dass keine voreiligen Entscheide gefällt und politische Extreme verhindert werden.

«Es ist erstaunlich, welchen Einfluss das Fürstenhaus hat. Das Vertrauen in den Fürsten ist ziemlich hoch, wie auch das Vertrauen in die politischen Institutionen.»

Gleichzeitig würden das Vorhandensein der Monarchie und deren politischer Einfluss aber auch den politischen und gesellschaftlichen Diskurs hemmen. Die Gefahr bestehe, dass sich die Politik aus der Verantwortung stehle und diese auf den Fürsten übertrage. Dasselbe

gelte für das Volk an sich. Wenn sich ein politischer Dialog nicht bildet, weil befürchtet wird, dass der Fürst in diesem Bereich sein Veto-Recht gebrauchen würde, dann würde sich gemäss einigen Befragten durchaus eine Einschränkung der Demokratiequalität ergeben. Auch das Auseinanderklaffen von Machtakkumulation und dem tatsächlichen Machtgebrauch, welcher nur wenig transparent sei, wurde in diesem Zusammenhang kritisch konnotiert.

«Grundsätzlich ist die Monarchie für ein solch kleines Land von Vorteil; sie ist jedoch zu ausgeprägt und das Volk hat sich von der Eigenverantwortlichkeit verabschiedet.»

## 2.2.4 Staatsfinanzen/Steuern

Staatsfinanzen werden als dringendes Thema wahrgenommen und die meisten Befragten erachten es als wichtig, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu haben. Liechtenstein könne sich kein strukturelles Defizit erlauben, da es keine internationalen Geldgeber habe. Aufgrund des Defizits in der Staatskasse wurde in den letzten Jahren rigoros gespart, was für die Mehrheit der Befragten nur bedingt richtig war. Die Kürzungspolitik sei zu pauschal, es sollte ein anderer Ansatz gefunden werden. Ausserdem wird bemängelt, dass kein langfristiges Denken vorhanden sei und der Mut fehle, auch wieder Geld zu investieren, letzteres sei aber dringend nötig. Derzeit dominiere der Kostenfaktor zu stark den politischen Diskurs. Eine Diskussion darüber, wie man das Geld sinnvoll investieren kann, fehle weitgehend. Einige sind der Meinung, dass der Staat, wie er heute ist, in Zukunft nicht mehr finanzierbar sein werde. Mögliche vorgeschlagene Lösungen wären beispielsweise Gemeindefusionen. Einsparungspotenzial gäbe es in Liechtenstein gemäss den Befragten aber grundsätzlich sehr viel. Beispielsweise bei den Schulbauten und der Infrastruktur, insbesondere auch auf Gemeindeebene (Feuerwehr, Gemeindesaal etc.).

«Die Kürzungspolitik der Regierung hat zwar einen guten Ansatz, ist aber viel zu pauschal und deswegen nicht langfristig. Der Staat muss nach dem Subsidiaritätsprinzip im Rahmen der Daseinsvorsorge handeln. Sprich, er soll dann Dienstleistungen zur Verfügung stellen, wenn dies vom privaten Bereich nicht geschieht.»

Bei der Steuerpolitik sind die Meinungen geteilt. Obwohl Steuern einen Standortfaktor darstellen, sollten gemäss einigen Befragten Anpassungen vorgenommen werden. Eine stärkere Umverteilung müsse stattfinden, da bei der momentanen Besteuerung Unternehmen im Verhältnis zu natürlichen Personen zu wenig stark belastet würden. Im Bereich der Besteuerung von Böden bestehen gemäss einigen Befragten noch viele Ungerechtigkeiten. Diese müssten insbesondere im Falle einer Öffnung des Landes bereinigt werden. Von anderen werden die generell tiefen Steuern zwar nicht als Hauptvorteil, aber als wichtiger Standortfaktor angesehen.

## 2.2.5 Vertrauen in Politik/Parteien

Zu diesem Thema äussert sich niemand von sich aus. Grundsätzlich wird das Vertrauen in die Politik als abnehmend wahrgenommen, wenn auch im internationalen Vergleich immer noch sehr hoch. Eine mögliche Ursache dafür könnte sein, dass politische Prozesse immer komplizierter werden und das Verständnis nicht mehr vorhanden sei. Das Bewusstsein und das Wissen um Entscheidungsfindungsprozesse und Politik seien nicht vorhanden, was sicherlich auch zur Politikverdrossenheit beitrage (Stichwort: Politische Bildung). Andere weisen

«Das Vertrauen in die Politik ist grundsätzlich immer noch sehr hoch, obwohl es in den letzten Jahren etwas nachgelassen hat.»

darauf hin, dass das Vertrauen in Liechtenstein stärker sei als in anderen Ländern, auch weil man Politiker schnell und gut erreichen könne (Vorteil der Kleinheit).

Auf die politischen Parteien kommen die Befragten nur durch direkte Nachfrage zu sprechen. Einige machen eine Zunahme des Populismus aus. Andere befürchten eine verstärkte Profillosigkeit der einzelnen Parteien. Eine akzentuiertere Profildifferenzierung der Parteien sei zu begrüßen, damit die Unterschiede zwischen den Parteien wieder klarer sichtbar werden. Von manchen wird auch kritisiert, dass heute keine Parteipolitik und -parolen mehr existieren und jeder mache, was er will. Partikularinteressen würden auch in der Parteipolitik immer mehr Raum einnehmen. Die Parteibindung im Allgemeinen lasse gemäss Aussage einiger Befragten nach und weil die Parteien keine deutlichen Positionen mehr beziehen, bestehe die Gefahr, dass vermehrt Protestparteien gewählt werden.

### Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Politik und Staat ergeben

<b>Sparpotenziale</b>	Entwicklung der öffentlichen Finanzen; Sparpotenziale im Staatshaushalt und den Gemeindehaushalten; Internationaler Vergleich
<b>Steuersystem</b>	Gibt es Optimierungsmöglichkeiten? Ungerechtigkeiten (bspw. Bodenbesteuerung)? Verbesserung der Standortvorteile?
<b>Aussenpolitik</b>	Wie ist überhaupt die Wahrnehmung von Liechtenstein im Ausland? Bessere Wahrnehmung Liechtensteins im Ausland? Imageverbesserung?
<b>Diskursfähigkeit</b>	Stehen eine mangelhafte Streit- und Diskussionskultur bzw. eine konsensorientierte politische Kultur innovativen und zukunftssträchtigen Lösungen im Wege?
<b>Interessenvertretung</b>	Wie werden in Liechtenstein wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessen verfolgt? Lobbying, Rolle von Parteien etc.
<b>Staatsquote</b>	In welchen Bereichen sind Privatisierungen möglich und sinnvoll? Welche staatlichen Leistungen könnten von Privaten erbracht werden?
<b>Soziale Sicherungseinrichtungen</b>	Wie kann die langfristige Finanzierbarkeit gesichert werden?
<b>Ungleichheiten</b>	Wie gross sind die Ungleichheiten? Wie kann der Eigentums- und Einkommensungleichheit entgegengewirkt werden?

## 2.3 Region und internationale Zusammenarbeit

FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA REGION UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT | Der EWR wird als für Liechtenstein beste Integrationsstufe angesehen, wobei die damit einhergehende Regulierung für Liechtenstein sowohl als Chance (gleich lange Spiesse, Akzeptanz, Geschäftschancen) als auch als Gefahr (Überregulierung, Gröszenverträglichkeit) angesehen wird. Daneben

wird auch die bilaterale Ebene als wichtig hervorgehoben, vor allem im Kontext regionaler Aufgaben und Problemstellungen im Alpenrheintal. Synergien müssen hier noch besser genutzt werden und es wird eine verbesserte Harmonisierung und Zusammenarbeit im Gewerbebereich, der Telekommunikation und der Gasversorgung gewünscht.

Die regionale und internationale Zusammenarbeit wird von den Befragten rege angesprochen und als äusserst wichtig bezeichnet.

### 2.3.1 Internationale Zusammenarbeit

Die Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Nicht-EU-Mitgliedern werden gemäss der Ansicht einiger Befragten weiter bestehen. Das Fürstentum Liechtenstein könne diesen Herausforderungen als EWR-Mitglied jedoch entspannter entgegen sehen als beispielsweise die Schweiz. Da innerhalb der EU weiterhin Bedarf an Reformen und Weiterentwicklungen bestehe, sei die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den Ländern als Ergänzung umso wichtiger. Die europäische Integration werde sich auch in Zukunft als schwierig gestalten und dürfte auch in 20 Jahren noch nicht abgeschlossen sein.

Obwohl sich der Balanceakt zwischen EWR-Vereinbarungen und der Zollunion als herausfordernd herausstellte, wird der Beitritt zum EWR von allen Befragten als sehr positiv bewertet. Von Schweizer Experten wird bedauert, dass die Schweiz kein EWR-Mitglied ist. Nur vereinzelt sind Stimmen zu hören, dass sich durch den EWR mehr Einschränkungen und Aufwände für Liechtenstein ergeben würden. Manche EWR-Regulierungen sollten aber weniger genau und restriktiv umgesetzt werden, so die Meinung von einigen Befragten. Andere Stimmen betonen, dass Regulierungen an sich nicht schlecht seien, denn Liechtenstein könne auch davon profitieren. Grundsätzlich dürfe man ebendiese nicht mit Bürokratie gleichsetzen. Von den meisten werden Regulierungen nicht als Standortnachteil angesehen, da diese auch in anderen Ländern ähnlich ausgeprägt seien.

Liechtenstein befinde sich aber auch in einer Rolle, «in welcher man sich [an Liechtenstein] die Schuhe abputzen kann, ohne politisches Risiko einzugehen.» Dies habe zur Folge, dass Liechtenstein gezwungen sei, internationale Standards peinlichst genau zu befolgen. Diese internationalen Standards und Regulierungen seien auch von zentraler Bedeutung, damit sich neue Unternehmen ansiedeln, welche ein sicheres, geregeltes und attraktives Umfeld wollen. Liechtenstein müsse viel daran setzen, dass es wieder ein gutes Image aufbauen und beibehalten könne.

Auf Nachfrage hin, ob in Zukunft die internationalen Regulierungen zunehmen würden, sind die Befragten ebenfalls geteilter Meinung. Eine Person weist darauf hin, dass durch die Belastung der Regulierungen das Verantwortungsgefühl der Unternehmensleitung abnehme und die Arbeit insgesamt unproduktiver werde.

Über einen weiteren europäischen Integrationsschritt Liechtensteins, sprich einen Beitritt zur EU, sind die Befragten geteilter Meinung. Im Moment bestehe im Land noch kein Szenario eines möglichen EU-Beitritts. Betont wird aber, dass die Beziehungen zur EU weiter gepflegt werden müsse. Als Gründe gegen einen EU-Beitritt werden vor allem die nicht vorhandenen Kapazitäten sowie Unsicherheiten betreffend der zukünftigen Entwicklung der EU genannt.

.....  
«Der EWR hat entscheidend zur Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. An der Reputation muss ständig weitergearbeitet werden. Hier ist Liechtenstein nach Sicherstellung der <Souveränität> (Europarat, EWR, UNO) und der <Wettbewerbsfähigkeit> in die dritte Phase, nämlich der Phase der <Transparenz und Globalisierung>, eingetreten. Für diese dritte Phase sind Reputation und Kommunikation enorm wichtig.»  
.....

## 2.3.2 Regionale Zusammenarbeit

Die Region Rheintal wird in Zukunft den gleichen oder ähnlichen Herausforderungen gegenüberstehen wie das Fürstentum Liechtenstein. Der Zukunft des Rheintals sehen die meisten Befragten jedoch äusserst optimistisch entgegen. Was die regionale Zusammenarbeit angeht, sind die Meinungen geteilt. Während einige die Zusammenarbeit als positiv und gut einstufen, sind andere der Meinung, dass hier noch sehr viel gemacht werden müsse und Synergien zu wenig genutzt würden. Einig sind sich die Befragten einzig darin, dass der regionalen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zukommt und diese weiter ausgebaut und besonders gepflegt werden muss. Liechtenstein sei auf seine regionalen Partner angewiesen und dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen. In diesem Zusammenhang weist eine Person darauf hin, dass die Liechtensteiner Sichtweise in Bezug auf die regionale Kooperation sehr egoistisch sei. Entscheidungen fielen unter dem Motto «Was nützt es uns?». Die Schwierigkeit für eine bessere Vernetzung bestehe auch darin, dass sich die einzelnen Regionen in der Umgebung verschieden entwickeln würden: Vorarlberg sei innerhalb der EU eine sehr wettbewerbsfähige Region, die Schweiz hingegen versuche sich gegenüber der EU eher abzuschotten.

«Regionale Zusammenarbeit ist äusserst wichtig. Auch die internationale Verflechtung von Liechtenstein ist notwendig und wichtig.»

Vor allem in den Bereichen Raumplanung, Verkehr, Umweltschutz und Gesundheit werde die Zusammenarbeit in der Region von grosser Bedeutung sein. Es wird auch darauf hingewiesen, dass eine verbesserte Harmonisierung zwischen der Schweiz und Liechtenstein im Gewerbebereich erwünscht sei. Auch solle sich Liechtenstein in der Telekommunikation oder der Gasversorgung besser integrieren. Ausserdem wird festgestellt, dass sich Liechtenstein mit einer sehr hohen PKW-Dichte sehr zurückhaltend in der Lösung regionaler Verkehrsfragen verhalte. Liechtenstein als Industriestandort müsse seine Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen und sich dementsprechend verhalten. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz wird von einigen Befragten als zunehmend schwierig beschrieben, in dem Sinne, dass sich Liechtenstein nicht mehr in allen Fragen bedingungslos an die Schweiz anhängen könne. Dies unter anderem deshalb, weil das gute Verhältnis zur Schweiz vernachlässigt und diese mehrfach durch Liechtenstein brüskiert worden sei (Beispiel Bankgeheimnis).

### Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Region und internationale Zusammenarbeit ergeben

<b>Regionale Zusammenarbeit</b>	In welchen Bereichen ist eine verstärkte Zusammenarbeit anzustreben? Wie kann die regionale Zusammenarbeit gefördert werden?
<b>Wahrnehmung der Nachbarn</b>	Wie nehmen sich die Nachbarn im Rheintal gegenseitig wahr? Wie kann das gegenseitige Verständnis gefördert werden?
<b>EU-Beitritt</b>	Was würde ein EU-Beitritt für Liechtenstein bedeuten? Wäre dies machbar? Was spricht dafür, was dagegen?
<b>Wettbewerb in der Region</b>	Wie frei ist das Wirtschaften in der Region (Zulassung, Bewilligungen, Arbeitskräfterekrutierung etc.)?

<b>Regulierungsdichte</b>	Entwicklung der Regulierungen? Rolle von EU, EWR u.a. Impulsgebern? Einfluss auf Verantwortungsgefühl der Unternehmer?
<b>Grenzgänger</b>	Arbeitskräftewanderungen in der Region: Konkurrenz oder Win-Win-Situation?

## 2.4 Soziale Zusammenhänge und Herausforderungen

**FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA SOZIALE ZUSAMMENHÄNGE UND HERAUSFORDERUNGEN | Der demografische Wandel, aber auch der Wandel der Geschlechterrollen, stellen Liechtenstein vor Herausforderungen. Ältere Menschen müssen zu einem gesellschaftlichen Engagement oder auch zu längeren Beschäftigungsformen, beispielsweise in Form von Teilzeitarbeit, ermuntert werden. Gleichberechtigung und Familienpolitik sind in Liechtenstein sehr rückwärtsgerichtet und es herrscht ein traditionelles und ländliches Weltbild. Gleichzeitig braucht die**

**Wirtschaft aber die weiblichen Arbeitskräfte. Durch den zunehmenden Verlust von weniger qualifizierten Arbeitsplätzen droht die Schere zwischen Arm und Reich grösser zu werden und die Sozialpartnerschaft wird strapaziert. Soziale Fragen werden in Liechtenstein eher tabuisiert und es herrscht ein geringes Bewusstsein für soziale Problemstellungen. Die Integration von Zugezogenen stellt eine Herausforderung für die Zukunft dar, insbesondere aufgrund der Kleinheit des Landes.**

Soziale Herausforderungen werden von der Mehrheit der Befragten von sich aus als wichtig bezeichnet. Der demografische Wandel sowie die Sanierung der Sozialwerke nehmen in den Ausführungen eine zentrale Rolle ein.

### 2.4.1 Demografischer Wandel

Etwa die Hälfte der Interviewten kommt von sich aus auf den demografischen Wandel zu sprechen. Sie sind sich darin einig, dass der demografische Wandel eine grosse Herausforderung sei und auch in Zukunft sein werde. Dementsprechend müssten die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Unterstützung, das Verständnis und die Pflegemöglichkeiten für ältere Menschen angepasst und gefördert werden. Eine Möglichkeit, um dem Ganzen entgegenzuwirken, wäre beispielsweise, das Pensionsalter zu erhöhen.

Auch auf spezifische Nachfrage hin wird der demografische Wandel als grosse Herausforderung, nicht nur für Liechtenstein, sondern für die gesamte Region genannt. Als Lösung für dieses Problem wird der Vorschlag gemacht, dass eine Kinderbetreuung durch die Grosseltern stattfinden könnte. Damit sei trotz Pensionierung gesellschaftliches Engagement möglich. Auch die Altenpflege, welche meistens durch Frauen geleistet wird, müsse bezahlt und anerkannt werden.

.....  
**«Die Altenpflege sowie das Kinderhüten durch die Grosseltern werden durch den demografischen Wandel immer mehr zum sozialen Thema. Der Staat muss demnach die Wertschätzung dieser sozialen Arbeit weiterhin fördern und solche Arbeit muss bezahlt werden. Der Staat hat in diesem Bereich einen Fürsorgeauftrag, den er unbedingt wahrnehmen muss.»**  
 .....

Dies würde wiederum Steuern generieren. Die Politik sollte im Generellen bessere Bedingungen (z.B. mehr Teilzeitstellen) herstellen, damit die Altenpflege durch die eigenen Verwandten durchgeführt werden könne. Gleichzeitig müssten Anreize geschaffen werden, damit die Menschen länger arbeiten, beispielsweise in Form von Teilzeitstellen.

## 2.4.2 Geschlechterungleichheiten

Dieses Thema wird meist nur auf konkrete Nachfrage hin besprochen, jedoch gibt es auch einige, die es von sich aus als wichtig empfunden haben und sehr ausführlich darüber gesprochen haben. Als wesentlich wird festgehalten, dass eine grundlegende Diskussion über bezahlte und unbezahlte Arbeit stattfinden müsse. Die Frage, wer welche Arbeit leistet und wie dafür bezahlt werde (beispielsweise Haus- und Familienarbeit, aber auch Altenpflege, siehe Kapitel 2.4.1) sei in Liechtenstein noch nicht geklärt bzw. noch nicht diskutiert. Eine solche Diskussion müsse aber dringend stattfinden, da wie von mehreren Befragten erwähnt, die Frauen (insbesondere die hochqualifizierten und gut ausgebildeten) in der Wirtschaft fehlen resp. von dieser gebraucht würden. Die Gleichberechtigung im Allgemeinen sowie die Familienpolitik seien in Liechtenstein sehr rückwärtsgewandt. Rahmenbedingungen wie genügend bezahlbare Krippenplätze, Mittagstische, Tagesschulen und flexiblere Arbeitszeitmodelle sollten angeboten werden. Über die Rolle des Staates bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sich die Befragten nicht einig. Während einige der Meinung sind, dass die Unternehmen selbst dafür sorgen müssten, dass sie den Frauen genügend attraktive Arbeitsplätze bieten, waren andere klar der Ansicht, dass es Aufgabe des Staates sei, hier günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang unter anderem Investitionen in die Kinderbetreuung (die Kinderbetreuungsstrukturen in Liechtenstein werden als unterentwickelt bezeichnet), eine Bevorteilung derjenigen Frauen, welche erwerbstätig sind (beispielsweise über steuerliche Anreize) oder aber eine aktive Frauenförderung des Staates im Sinne einer Vorbildfunktion.

Was die Rolle der Frau in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft anbelangt, sind sich die Befragten einig, dass hier noch viel getan werden müsse. Frauen würden im Generellen noch zu wenig berücksichtigt. Dies hänge damit zusammen, dass in Liechtenstein immer noch ein sehr ländliches und traditionelles Weltbild herrsche, in welchem die Frauen für die Kinderbetreuung verantwortlich seien und als «Rabenmütter» bezeichnet würden, wenn sie berufstätig seien. Eine Person betont, dass in Liechtenstein zwei Welten aufeinander prallen: Das Traditionelle und Ländliche auf der einen Seite und die hoch-globalisierten und innovativen Industrie- und Dienstleistungszentren auf der anderen Seite. Diese zwei Welten seien noch nicht miteinander versöhnt.

Für eine Frauenquote in der Politik oder der Wirtschaft sprechen sich nur wenige Interviewpartner aus. Staatliche Institutionen sollten statt einer Frauenquote mit gutem Beispiel vorangehen und aktive Frauenförderung betreiben. Es müsse der Gesellschaft einfach klar werden, dass die Frau als arbeitender Produktionsfaktor in Zukunft nicht mehr vernachlässigt werden könne.

«Frauen werden immer noch zu wenig berücksichtigt. Dies lässt sich darauf zurückzuführen, dass die Einstellung der Bevölkerung immer noch sehr traditionell ist. Berufstätige Mütter werden als Rabenmütter bezeichnet. Einrichtungen wie KITAs müssen verbessert werden und sind meiner Meinung nach noch unterentwickelt.»

### 2.4.3 Soziale Ungleichheiten

Auch zu diesem Thema äussern sich viele Befragte, jedoch zum grössten Teil erst auf Nachfrage oder im Zuge einer Diskussion über andere Themenbereiche.

Einige befürchten, dass aufgrund des Verlustes von Arbeitsplätzen für weniger Qualifizierte die Arbeitslosigkeit ansteigen werde und sich die Schere zwischen Arm und Reich vergrössere. Damit würde auch die Sozialpartnerschaft in Zukunft extrem strapaziert. Grundsätzlich würden soziale Fragen (z.B. Integration von Muslimen, Working Poor) in Liechtenstein tabuisiert und es herrsche eine Wegschaupolitik in diesen Bereichen. Gründe dafür seien, dass der Leidensdruck in Liechtenstein noch zu wenig gross sei sowie das Bewusstsein für soziale Problemstellungen nicht existiere. Dies wurde unter anderem mit dem Phänomen des Wohlstandes erklärt, der dafür gesorgt habe, dass die jüngere Generation mit der Armutproblematik gar nie in Berührung gekommen sei. Bis anhin konnte mit Geld alles geregelt werden, was zu einer veränderten Wahrnehmung in der Gesellschaft geführt habe (mehr dazu in Kapitel 2.7 «Gesellschaft und Individuum»).

Grundsätzlich sind sich die Befragten uneinig, ob in Liechtenstein eine hohe soziale Ungleichheit herrsche oder nicht. Jene, welche soziale Unterstützung benötigen, seien ja gut versorgt. Ausserdem «jammere» Liechtenstein auf einem sehr hohen Niveau. Wenn man sich mit anderen Ländern vergleiche, dann gäbe es in Bezug auf die sozialen Ungleichheiten keinen Grund zur Besorgnis. Grundsätzlich sei ein System notwendig, in welchem sich Leistung lohne und keine falschen Anreize existierten. Bis anhin funktioniere das System aber sehr gut. Andere (auch Aussenstehende) erachten die Ungleichheiten aber als sehr gross und gefährlich bzw. als grosse Herausforderung für die Zukunft. Es werden Erosionen im sozialen System festgestellt und die Tatsache, dass nicht alle am Wohlstand teilnehmen könnten, würde zu einer Entsolidarisierung führen, welcher man aktiv entgegenzutreten müsse. Diese Aufgabe fällt gemäss einigen Vertretern dem Staat zu, andere weisen aber auch darauf hin, dass die Unternehmen selbst sozial verträglicher werden sollten. Von vielen Befragten wurde die Bezahlung in Eurolöhnen durch ein Unternehmen in Liechtenstein als warnendes Beispiel dafür genannt, dass diese Entwicklung in die falsche Richtung gehe und gefährlich sei.

Im Zusammenhang mit den sozialen Ungleichheiten wird auch erwähnt, dass der Mittelstand zu stark geschützt werde und dieser mehr zur Allgemeinheit beitragen müsse. Die Steuerbelastung für den Mittelstand sei zu gering und daraus ergebe sich eine einseitige Einkommensstruktur, in welcher die Hälfte der Bevölkerung nichts oder zu wenig bezahle. Diese Meinung wird jedoch nicht von allen geteilt. Einige Befragte äussern sich besorgt darüber, dass der Mittelstand weiter unter Druck kommen werde, wenn Steuereinnahmen in Zukunft zurück gingen.

.....  
«Soziale Ungleichheiten in Liechtenstein sind gross, denn viele können am hohen Lebensstandard nicht teilnehmen. Das soziale Ungleichgewicht wird zur Herausforderung.»  
.....

## 2.4.4 Sozialwerke und deren Kosten

Das Thema der Sozialwerke und deren Kosten wird von vielen Befragten oft in Zusammenhang mit dem Wegfall von staatlichen Einnahmen durch die Umbrüche im Finanzsektor angesprochen.

Bei der Sicherung der Sozialwerke sind sich die Befragten grundsätzlich einig, dass hier mehr getan werden müsste. Damit eine solche Sicherung gelingen könne, müssten langfristige und umfassende Lösungen gefunden werden. Grundsätzlich sollten strukturelle Mängel behoben werden, damit das Vertrauen in die Institutionen wieder hergestellt werden könne, was für einen Kleinstaat wie Liechtenstein entscheidend sei. In diesem Zusammenhang wird auch erwähnt, dass die sozialen Kosten zentral erfasst werden sollten (beispielsweise Prämienverbilligungen, Sozialhilfe, IV, Arbeitslosenversicherung etc.), damit das System nicht ausgenutzt werden kann, sondern diejenigen Leute Geld bekommen, die es auch wirklich brauchen. Bezüglich der liechtensteinischen Altersvorsorge müsse im Land unbedingt eine Diskussion stattfinden, da diese langfristig nicht finanzierbar sei. Es müsse zudem eine Umstrukturierung stattfinden, welche das ganze System weniger luxuriös gestalte. Das Problem der Sicherung der Sozialwerke wird mehrheitlich als dringend bezeichnet. Einzelne Interviewpartner finden jedoch, dass Liechtenstein in diesem Bereich insbesondere im internationalen Vergleich gut aufgestellt sei und dies nicht ganz so akut sei wie anderswo.

.....  
«Die wichtigsten Herausforderungen für Liechtenstein sind zurzeit die Sanierungen der Krankenkasse und der AHV.»  
.....

## 2.4.5 Migration/Integration

Migration und Asylwesen würden sehr grosse Herausforderungen beinhalten. Diese Probleme liessen sich nur in Zusammenarbeit mit anderen Ländern lösen. Betont wird auch, dass jeder Staat, auch Liechtenstein, seinen humanitären Beitrag dazu leisten und auch seine Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft wahrnehmen müsse. Diese Pflicht verstärke sich in Liechtenstein durch die Tatsache, dass Liechtensteiner früher selbst in andere Länder emigriert seien, weil es im Land zu wenig Perspektiven gab.

Der Anteil an Zugezogenen werde sich gemäss einiger Gesprächspartner auch in Zukunft vergrössern, insbesondere weil es immer weniger Kinder in Liechtenstein gebe. Die gesellschaftliche Integration dieser Menschen werde daher zur wichtigen Aufgabe und Herausforderung für die Zukunft. In diesem Zusammenhang führen einige wenige Interviewte aus, dass die Integration von Zugezogenen sich vermehrt als Problem darstelle, da der Wille zur Integration nicht immer vorhanden sei. Einzelne weisen auch darauf hin, dass die Bereitschaft, Leute aus anderen Ländern zu empfangen und zu integrieren, in Liechtenstein eher gering sei. Dass die Migration auch aufgrund der Kleinheit des Landes ein grosses Problem darstelle, dürfe nicht vernachlässigt werden, so einige Befragte.

## Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Soziale Zusammenhänge ergeben

<b>Demografischer Wandel</b>	Konsequenzen für den Staat, die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme? Massnahmen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels?
<b>Zuwanderung</b>	Implikationen einer restriktiven bzw. liberalen Zuwanderungspolitik für die öffentlichen Haushalte, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt etc.? Diskriminierungspotenzial einer restriktiven Zuwanderungspolitik?
<b>Erwerbstätigkeit von Frauen</b>	Rolle des Staates, der Wirtschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure/Gruppen bei der Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen
<b>Institutionenvertrauen</b>	Wo steht Liechtenstein im internationalen Vergleich? Wie kann das Vertrauen in politische Institutionen gestärkt werden?
<b>Rententaler, Kinderbetreuung u.a.</b>	Potenziale einer Erhöhung des Rentenalters (Nutzung der Ressourcen von Qualifizierten) und von verstärkter Freiwilligenarbeit
<b>Veränderungen im Arbeitsmarkt</b>	Konsequenzen des Rückgangs unqualifizierter Erwerbsarbeit auf die Gesellschaft (Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Schere zwischen Arm und Reich u.a.)

## 2.5 Umwelt

**FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA UMWELT | Die Raumplanung stellt in Liechtenstein aufgrund der Gefahr der Zersiedelung eine grosse Herausforderung dar. Es braucht eine Grundsatzdiskussion darüber, wie viele Einwohner das Land in Zukunft haben soll. Auch der Verkehr wird mehrheitlich als Belastung wahrgenommen und Liechtenstein**

**muss Mitverantwortung für ein regional funktionierendes Verkehrssystem tragen. Das Bewusstsein für Umweltthemen ist in Liechtenstein nur ungenügend vorhanden, obwohl das Land eigentlich eine Vorreiterrolle im Bereich des Naturschutzes oder im Energiebereich einnehmen könnte.**

### 2.5.1 Raumplanung

Umweltthemen werden von den Befragten häufig und sehr aktiv thematisiert. Die grössten Herausforderungen sehen sie in diesem Kontext vor allem bei der Raumplanung sowie der Verkehrsbelastung. Insbesondere die mit einer fehlenden Raumplanung verbundene Gefahr der weiteren Zersiedelung wird von den meisten mit Sorge gesehen. Hierbei müsse zunächst eine Grundsatzdiskussion darüber stattfinden, wie gross die Einwohnerzahl in Liechtenstein sein sollte. Bei einer Zunahme der Einwohner könnten Vaduz oder Schaan zu einer Stadt werden, wo auch in die Höhe gebaut werden müsse, damit die Landschaft zwischen den Dörfern erhalten bleibe. Das Modell, dass jeder ein Einfamilienhaus bewohnt, das möglichst weit vom näch-

.....  
**«Die Herausforderung in der Raumplanung liegt darin, dass Partikularinteressen in Liechtenstein Vorrang haben. Ein Raumplanungsgesetz wäre auf jeden Fall hilfreich.»**  
 .....

sten Haus entfernt liegt (Streusiedlungsmentalität), sei teuer und in Zukunft nicht mehr möglich. Eine Verdichtung müsse daher stattfinden.

Während einige der Meinung sind, dass eine sinnvolle Raumplanung sich von alleine, also vom Markt, regeln werde, befürchtet die Mehrheit der Befragten, dass die Einzelinteressen zu hoch seien und daher ein Raumplanungsgesetz, ein griffigeres Grundverkehrsgesetz und zudem eine konsequentere Bodenbesteuerung nötig seien. Eine gemeinsame Raumplanung für funktionale Räume wie das Rheintal sei ebenfalls dringend notwendig, damit die Attraktivität der Region weiterhin erhalten bleibe. Verbunden mit der Raumplanung wird auch die Boden-Landwirtschaftspolitik erwähnt und vor allem betont, dass die guten und fruchtbaren Böden des Landes sinnvoll genutzt werden sollten und nicht in Bauland umgewandelt werden dürfen.

## 2.5.2 Verkehr

Der Verkehr ist für alle Befragten ein Thema. Der grösste Teil ist der Meinung, dass der Verkehr schon jetzt eine Belastung darstelle. Einige befinden hingegen, dass die Verkehrsproblematik im internationalen Vergleich eher gering sei. Langfristige Lösungen zu finden, beziehungsweise den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen, stellt sich nach den Meinungen der Befragten als äusserst schwierig dar. Einerseits seien im Bussystem extreme Rückschritte gemacht worden, andererseits sei die Fokussierung auf das Auto in Liechtenstein immer noch zu gross (sehr hohe Motorisierungsdichte). Damit könne man auch zum Teil das Scheitern der S-Bahn-Diskussion erklären (FLACH). Bemängelt wird auch, dass diese Diskussion um eine S-Bahn völlig falsch geführt wurde. Liechtenstein sei in diesem Bereich auf seine Nachbarn angewiesen und trage auch eine Mitverantwortung für ein regional funktionierendes Verkehrssystem über den direkten Eigennutzen hinaus, wie von einigen inländischen Interviewpartnern, vor allem aber von ausländischen Befragten, betont wird. Viele Entscheidungen würden unter dem Motto «Was nützt es mir/uns?» gefällt. Liechtenstein solle seiner Verantwortung für Projekte im öffentlichen Verkehr nachkommen, auch weil ein grosser Teil des Verkehrsproblems hausgemacht sei. Einige wünschen sich auch, dass es in Zukunft eine S-Bahn Linie gibt, die durch das gesamte Land führt und in einem Fünf- bis Zehnminutentakt verkehrt. Andere betonen, dass es eine Vielzahl von Massnahmen brauche, um das Verkehrsproblem zu lösen und man zunächst das Bussystem oder die Radwege ausbauen müsse, bevor man über eine S-Bahn diskutiere.

.....  
«Das Verkehrskonzept Liechtensteins ist katastrophal und hier braucht es unbedingt regionale Zusammenarbeit.»  
.....

.....  
«Der Pendlerverkehr wird auch in Zukunft eine grosse Herausforderung darstellen. Jedoch hat Liechtenstein seine Partner in dieser Sache immer wieder brüskiert.»  
.....

## 2.5.3 Klima, Energie- und Umweltpolitik

Die Befragten sprechen klimatische Veränderungen zum grössten Teil nur auf Nachfrage hin an. Viele sehen darin keine Herausforderung, denn die Region Rheintal sei eher indirekt betroffen. Liechtenstein leiste seinen Beitrag in der internationalen Gemeinschaft und habe lediglich kleine Einflussmöglichkeiten. Andere sind der Ansicht, dass in Liechtenstein ein hohes Bewusstsein für Fragen des Klimawandels vorhanden sei und dies auch in Zukunft so

sein werde. Im Bereich der Energiepolitik finden einige Befragte, dass knappe Ressourcen ein Problem werden könnten. Ausserdem sollte ein Umdenken in der Energiepolitik stattfinden, damit man die Abhängigkeit von Öl und Gas lösen könne. Andere betonen die Chance, die Liechtenstein mit der Ressource Wasser haben werde. Auch könnte Liechtenstein aufgrund der Innovationskraft und der finanziellen Mittel Vorreiter im Energiebereich werden (Green Economy). Einige bemängeln aber, dass das Bewusstsein für Umweltthemen nicht mehr vorhanden sei und auch in diesem Bereich die Eigeninteressen dominierten.

«Liechtenstein könnte im Naturschutz eine Vorreiterrolle einnehmen.»

Betont wird auch, dass man die umliegende Natur schützen müsse, da diese erheblich zur liechtensteinischen Lebensqualität und Attraktivität beitrage, was wiederum auch ökonomische Vorteile mit sich bringe. Liechtenstein könnte auch im Bereich des Naturschutzes eine Vorreiterrolle übernehmen. Investitionen müssten allerdings sinnvoll und langfristig angelegt sein und man dürfe es nicht übertreiben.

Dass der Rhein nicht nur Grenzfluss sei, sondern auch die Region als solche definiere und demnach alle eine Verantwortung für diesen hätten, betonen mehrere Befragte. Die Renaturierung des Rheins sollte demnach eine wichtige Rolle in der überregionalen Umweltpolitik spielen. Grundsätzlich müsse auch im Bereich des Umweltschutzes die regionale Zusammenarbeit verstärkt und verbessert werden.

### Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Umwelt ergeben

Zuwanderung	Konsequenzen für Umwelt, Raumplanung, Verkehr etc.
Green Economy	Was steckt hinter dem Begriff? Gibt es ein Potenzial für Liechtenstein? Was muss dabei unternommen werden?
Raumplanung	Konsequenzen einer weiteren Zersiedelung und Verknappung des Bodens für Wirtschaft und Gesellschaft? Mit welchen Instrumenten kann unerwünschten Entwicklungen begegnet werden?
Ökologisierung der Wirtschaft	Welches Potenzial existiert in welchen Bereichen? Wie kann eine stärker ökologisch orientierte Wirtschaft erreicht werden? Welche Förderungen, Aktionen u.a. können diesen Prozess unterstützen?

## 2.6 Bildung und Forschung

**FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA BILDUNG UND FORSCHUNG | Die Bildung wird als sehr wichtige Ressource Liechtensteins angesehen und muss Schwerpunkt in der Politik der gesamten Region bleiben. Das duale Bildungssystem wird als Chance für Liechtenstein und das regionale Umfeld wahrgenommen. Ausbildungsstätten bei Unternehmen, welche Theorie und Praxis verbind-**

**den, werden als Vorteil angesehen. Eine eigene Universität zu haben ist gut, sie sollte sich aber besser auf Kernthemen fokussieren und mehr in Alltagsprojekte einbezogen werden. Austausch, Erfahrung und Ausbildung im Ausland ist wünschenswert, im Ausland ausgebildete und forschende Liechtensteiner müssen aber auch einen Anreiz haben, wieder nach Liechtenstein zurückzukehren.**

## 2.6.1 Bildung allgemein/duales Bildungssystem

Damit die Unternehmen langfristig Arbeitskräfte aus dem eigenen Bildungssystem gewinnen können, müsse noch mehr in den Inhalt der Bildung investiert werden. Es sei wichtig, dass die eigenen Leute im Land ausgebildet werden können oder, falls sie sich im Ausland ausbilden oder forschen, irgendwann auch wieder nach Liechtenstein zurückkehren (Stichwort: Brain drain). Die Bildung müsse auch weiterhin ein Schwerpunkt in der Politik der gesamten Region bleiben, Investitionen in diesem Bereich seien lohnenswert. Auch biete Bildung im Allgemeinen gute Vernetzungspotenziale und trage zur Weltoffenheit bei. Mehrfach wird vorgeschlagen, dass in die Förderung von Auslandsaufenthalten investiert werden sollte. Die Frage wird auch aufgeworfen, ob ein Wettbewerb zwischen Bildungsinstitutionen notwendig wäre. Insbesondere das duale Bildungssystem sei gemäss allen Befragten eine riesige Chance für Liechtenstein sowie die gesamte Region. Jemand plädiert auch dafür, dass technische Berufe und allgemein Lehrberufe aktiv gefördert und die Unternehmen mehr Werbung in den Schulen machen müssten.

«Der Bildungsbereich ist die grösste Chance Liechtensteins. Es wird jedoch noch zu wenig getan. Obwohl die Infrastruktur hervorragend ist, sollte die Qualität des Inhalts im Fokus liegen.»

## 2.6.2 Forschung und Wissenschaft

Die Universität wird von der grossen Mehrheit als Vorteil für Liechtenstein wahrgenommen, denn sie trage zur Offenheit und internationalen Vernetzung des Landes bei. Ausserdem sei eine Universität wichtig, damit sich Liechtenstein auch als Wissenschaftsstandort positionieren könne. Allerdings wird von der grossen Mehrheit der Befragten gefordert, dass sich die Universität besser auf ein Spezialgebiet fokussieren sollte, damit sie sich von umliegenden Universitäten unterscheiden und abheben könne. Damit die Universität präsenter in der liechtensteinischen Bevölkerung werde, müsse diese vermehrt in Alltagsprojekte einbezogen werden. Einige Befragte hätten es bevorzugt, wenn die Universität den Status einer Hochschule beibehalten hätte.

«Die integrierten Forschungen in den Konzernen stellen grosse Innovationstreiber dar.»

Als äusserst wertvoll werden auch Unternehmen empfunden, welche Ausbildungsstätten und Forschungszentren integriert haben, die Theorie und Praxis miteinander verbinden. In Unternehmen integrierte Forschung sei überlebensnotwendig und innovationstreibend. Forschung sei im Generellen sehr standortfördernd.

Nicht nur technische, sondern auch sozial- und gesellschaftspolitische Forschung, wie sie beispielsweise das Liechtenstein-Institut durchführe, sei elementar für die Zukunftsgestaltung in Liechtenstein. Es brauche eine Wissens- und Bewusstseinsarbeit von interdisziplinären Fragen. Soziale Probleme sollen erkannt und die Einstellungen der Menschen eruiert werden, um ein Bewusstsein für die eigene Herkunft, Identität und damit zusammenhängende Fragestellungen zu erhalten.

## Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Bildung und Forschung ergeben

Mitteleinsatz	Aufwand und Ertrag im Bildungswesen: Sind die Mittel optimal eingesetzt? Welche Alternativen gibt es? Was wäre die zu erwartende Wirkung von Bildungsgutscheinen?
Staatliche Forschungsförderung	Forschungsförderung nach dem Nein zu Horizon 2020? Wo steht Liechtenstein im internationalen Vergleich? Vor- und Nachteile staatlicher Forschungsförderung? Geeignete Förderinstrumente?
Lernende und berufliche Grundbildung	Quantität, Qualität, Lücken, Engpässe, Perspektiven?
Braindrain	Welche Anreize für eine Rückkehr nach Liechtenstein gibt es? Ist dies anzustreben? Wer ist zuständig?
Anforderungen der Wirtschaft	Welche Wissenschaft und Forschung braucht die liechtensteinische Wirtschaft? Wie kann dies optimal gefördert werden?
Forschungslandschaft Liechtenstein	Evaluation: Stärken und Schwächen, Defizite etc.

## 2.7 Gesellschaft und Individuum

**FAZIT AUS DEN INTERVIEWS ZUM THEMA GESELLSCHAFT UND INDIVIDUUM | Ehrenamtliche Arbeit ist für ein kleines Land wie Liechtenstein mit beschränkten personellen Ressourcen von zentraler Bedeutung, wird aber dadurch erschwert, dass in Liechtenstein oftmals Einzelinteressen über dem Gemeinwohl stehen. Es besteht eine fehlende Sensibilisierung für staatspolitische Themen und es mangelt an einer Diskussions-, Streit- und Konfliktlösungskultur. Unangenehme**

**Themen werden aufgrund der konsensorientierten politischen Kultur nicht angesprochen. Widerstandsfähigkeit und Opferbereitschaft der Bevölkerung müssen gefördert werden. Der Wohlstand hat in Liechtenstein das Problem der Individualisierung verstärkt und eine Sensibilisierung für soziale Probleme ist immer weniger vorhanden. Es fehlt an einer politischen Vision und man reagiert statt zu agieren.**

Die Diskussionskultur, das soziale Engagement, der Individualismus sowie die drohende Entsolidarisierung werden im Bereich Gesellschaft und Individuum als wichtige Herausforderungen für die Zukunft angesprochen.

### 2.7.1 Partikularinteressen vs. Gemeinwohl/Soziales Engagement

Sowohl inländische als auch ausländische Interviewte betonen mehrfach, dass in Liechtenstein die Einzelinteressen über dem Allgemeinwohl stehen. Die FLACH-Diskussion wird hierbei als symptomatisch bezeichnet. Auch wird betont, dass es eine fehlende Sensibilisierung für staatspolitische Angelegenheiten gebe. Da diese keine Wählerstimmen einbringen,

würden solche Themen auch nicht öffentlich diskutiert. Als Beispiel wird von mehreren Befragten die Feuerwehr genannt, die zwar grosszügig unterstützt werde, aber zum Überleben des Kleinstaates nicht viel beitrage, während andernorts rigoros gespart werde. Neben der Dominanz der Partikularinteressen weisen einige Befragte auch darauf hin, dass in Liechtenstein grundsätzlich das verteidigt werde, was man hat. Neuerungen oder Zukunftsprojekten stehe die Bevölkerung negativ gegenüber. Der Mangel an staatspolitischem und vorausschauendem Denken wird unter anderem auch mit einem Mangel an politischer Bildung erklärt.

«Einzelinteressen stehen in Liechtenstein über dem Allgemeininteresse.»

Für ein kleines Land wie Liechtenstein werde die ehrenamtliche Arbeit auch in Zukunft weiterhin sehr wichtig sein. Einige äussern sich jedoch besorgt darüber, dass es immer schwieriger werde, junge Leute für ein soziales Engagement zu begeistern und langfristig an ein Projekt zu binden («Generation Y»). Das schwindende Interesse von Jugendlichen, sich freiwillig zu engagieren, habe sicherlich auch damit zu tun, dass man keine Veränderungen möchte, da «man es ja gut hat» und der Leidensdruck zu klein sei, um junge Menschen für ein politisches Engagement begeistern zu können. Gleichzeitig stehe den Menschen eine wachsende Anzahl an Möglichkeiten zur Verfügung, die eigene Freizeit zu gestalten und es falle insbesondere jungen Menschen immer schwerer, sich auf etwas festzulegen.

## 2.7.2 Diskussionskultur

Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass es in Liechtenstein an einer Diskussionsbeziehungsweise an einer Debattierkultur fehle. Sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft gebe es Kommunikationsprobleme. Zukunftsperspektiven würden nicht hinterfragt, politische Vorschläge abgelehnt, ohne dass richtig zugehört oder ausdiskutiert wurde. Als mögliche Erklärungen werden verschiedene Ursachen genannt. Eine Person weist auf die rasche Veränderung vom Bauern- zum Industriestaat hin, welche in der Gesellschaft noch nicht wirklich angekommen sei. Auch die konsensorientierte politische Kultur führe dazu, dass unangenehme Themen nicht angesprochen würden. Ein weiterer Grund für eine fehlende Debattierkultur und die Tabuisierung von gewissen Themen lässt sich gemäss einigen Befragten mit der Kleinheit des Landes erklären. Auch eine mangelhafte politische Führung wird für die schlecht ausgebildete Diskussionskultur verantwortlich gemacht. Die Widerstandsfähigkeit und die Streitkultur der Bevölkerung müssten gefördert werden, dies insbesondere auch, damit Anpassungen an Neuerungen in Zukunft leichter fallen.

«Ein grosses Problem in Liechtenstein ist die Tabuisierung von gewissen Problemen. Auseinandersetzungen (Steuern, Raumplanung) finden aufgrund von Rücksichtnahme nicht statt. Dies macht das fragile System noch fragiler.»

## 2.7.3 Entsolidarisierung und Individualisierung

Einige Befragte bemängeln, dass in Liechtenstein die Sensibilisierung für soziale Probleme immer weiter abnehme. Dies wird durch den allgemeinen Wohlstand in Liechtenstein verschärft. Man lebe nach dem Motto «Ich brauche niemanden». Die fehlende Sensibilisierung gehe einher mit einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Gemäss einigen Befragten werden die sozialen Ungleichheiten in Zukunft weiter zunehmen und wenn nicht alle am Wohl-

stand teilnehmen können, dann drohe eine Entfremdung voneinander. Das hohe Wohlstandsniveau habe auch dazu beigetragen, dass keine Konfliktlösungsstrategien vorhanden seien. Probleme konnten bis anhin einfach mit Geld gelöst werden. Dass Liechtenstein durch Umbrüche im Finanzsektor nicht mehr derart hohe Staatseinnahmen verbuche, wird von einigen auch als Chance für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen.

Durch den Wohlstand akzentuiert werde in Liechtenstein auch das Phänomen des Individualismus, so die prägnante Zusammenfassung aus einem Interview. Die Individualisierung nehme, wie auch im restlichen Europa, zu und stelle eine Gefahr für das gesamte System (Wirtschaft, Politik und Gesellschaft) dar. Vieles werde für selbstverständlich erachtet und der jungen Generation fehle es an Traditionen, auf die man zurückgreifen kann. Eine Zunahme des Individualismus sehe man vor allem an den schwindenden Mitgliederzahlen der Vereine. Es sei immer schwieriger, junge Leute langfristig an sich zu binden. Das Vereinswesen, welches sehr wichtig für eine Gesellschaft sei, müsse demnach auch von der Politik gestärkt und unterstützt werden.

«Der grosse Wohlstand in Liechtenstein ist eine Gefahr. Ein Bewusstsein, woher dieser Wohlstand kommt, ist nicht vorhanden. Liechtenstein darf bei dem Versuch den Wohlstand zu behalten die Bodenhaftung nicht verlieren. Die Umwälzungen im Finanzbereich, obwohl ich selber aus dieser Branche stamme, tun dem sozialen Zusammenhalt in Liechtenstein sehr gut.»

#### 2.7.4 Selbstwahrnehmung (Identität) vs. Fremdwahrnehmung (Image)

Gemäss einigen Befragten fehlt es in Liechtenstein am Bewusstsein, was das Land eigentlich möchte. Es mangle nicht nur an einer politischen Vision, sondern eben auch an einer gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Vision. Liechtenstein hinke oft einen Schritt hinterher und man reagiere eher als dass man agiere. Nach Ansicht einiger Interviewten gibt es aber auch Ausnahmen, denn Liechtenstein sei aufgrund der Kleinheit auch sehr wandlungsfähig (Beispiel Weissgeldstrategie).

Die Frage nach dem Image Liechtensteins wird sehr unterschiedlich beantwortet. Einerseits wird betont, dass sich das Image in den letzten Jahren stark verbessert habe, andererseits würden aufgrund der Unbekanntheit immer noch viele Vorurteile gegenüber Liechtenstein herrschen. Typische Klischees, die nach wie vor bestehen, seien Vorstellungen von Briefkastenfirmen, Liechtenstein als Steuerparadies oder die Reduzierung auf den Bankenplatz. Die Unbekanntheit sei aber Chance und Risiko zugleich, denn vielerorts könne das Image von Liechtenstein noch positiv beeinflusst werden. Jemand betont, dass noch mehr investiert werden und Liechtenstein sich klarer positionieren sollte. Es müssten vermehrt externe Analysen gemacht werden, denn die Eigeneinschätzung sei meistens wohl ein wenig zu optimistisch.

«Man kennt Liechtenstein, weiss jedoch nichts Genaues darüber. Das Image ist grundsätzlich positiv. Grundsätzlich vollbringt das Fürstentum eine gute Gewerbeleistung mit spezialisierten Produkten. Dies muss auch gepusht werden. In der Regel nimmt man im Ausland nur den Bankenplatz wahr.»

#### 2.7.5 Stellung der Kirche

Dieses Thema wird nur durch gezieltes Nachfragen angesprochen. Vielfach wird betont, dass die katholische Kirche in Liechtenstein leider nur auf einen Exponenten reduziert werde, der ein Vertreter einer rückwärtsgewandten Kirche sei. Alle, die sich zum Thema

äusserten, sprechen sich explizit für eine Trennung von Kirche und Staat aus und finden auch, dass die Stellung der Kirche in den letzten Jahren immer irrelevanter geworden sei. Wenige, vor allem ausländische Befragte, sehen jedoch noch immer einen hohen Einfluss der katholischen Kirche in Gesellschaft und Politik in Liechtenstein. Einige äussern Bedenken bezüglich des Funktionsverlustes der Kirche, da die Kirche eine wichtige gesellschaftliche Funktion wahrnehme, die zur Sicherheit und zum Wohlbefinden einer Gesellschaft beitrage.

«Religion ist ständig im Wandel. Obwohl die Kirche auch gesellschaftliche Aufgaben erfüllt, ist eine Trennung von Kirche und Staat notwendig.»

### Forschungsfragen, die sich aus den Interviews zum Themenbereich Gesellschaft und Individuum ergeben

<b>Akzeptanz der Wirtschaft</b>	Image der Wirtschaft in der Gesellschaft? Akzeptanz?
<b>Gesellschaftlicher Zusammenhalt</b>	Wie stark ist der soziale Zusammenhalt? Bruchstellen? Konflikte? Verständnis? Gemeinwohlorientierung?
<b>Mobilitätsverhalten</b>	Räumliches und kommunikatives Mobilitätsverhalten, Mediennutzung etc.

### 3 SYNTHESE

Der Umbruch am Finanzplatz wird von vielen Befragten als grosse Herausforderung gesehen, vor allem wegen des schmerzhaften Transformationsprozesses. Allerdings wird dieser Strukturwandel auch als Chance eingeschätzt. Durch den Strukturwandel könne auf neue Geschäftsfelder im (Finanz-)Dienstleistungsbereich fokussiert werden, Ressourcen würden dafür frei. Auch einer allfälligen relativen Aufwertung der Bedeutung des Industriesektors wird viel Positives abgewonnen. Damit der Industriesektor aber wieder an Wertschöpfung gewinnen könne, müsse vermehrte Industriestandortpflege betrieben werden und ein Anpassungsprozess (Kosten-Nutzen-Analysen, Identifizierung von Nischen) sei notwendig. Als generell wichtige Standortfaktoren, welche die Politik mit guten Rahmenbedingungen mitbestimmen müsse, werden Steuern, schnelle Reaktionsfähigkeit, gutes Bildungswesen, kulturelle Angebote, hohe Lebensqualität, gute Verkehrsanschlüsse, Regulierung des Wohnungs- und Grundstücksmarkts und tiefe bürokratische Hürden genannt. Die Implikationen des Strukturwandels, die zukünftige wirtschaftliche Ausrichtung Liechtensteins, die Pflege der Standortbedingungen und die damit zusammenhängenden Zielkonflikte müssten in Politik und Öffentlichkeit offener kommuniziert und diskutiert werden. Dazu gehöre nicht nur die Frage, welche wirtschaftlichen Nischen man besetzen möchte, sondern auch eine Grundsatzdiskussion über die Öffnung des Landes für den Zuzug von Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang müsse man sich auch fragen, wie viel Wachstum man anstreben solle und zu welchem Preis (oft wurde das Stichwort «qualitatives vor quantitatives Wachstum» genannt).

Die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins sei eine ständige Herausforderung und müsse immer wieder von neuem sichergestellt werden. Die Kleinstaatlichkeit sei anfällig für «Vetterliwirtschaft» und Problemstellungen würden nicht proaktiv, sondern nur auf Druck von aussen angegangen. Es fehle in Liechtenstein an einer langfristigen Vision und es bestehe so die Gefahr, dass das Kostenargument einen politischen Diskurs verhindere. Liechtenstein ist auch wegen der Monarchie einzigartig und stabil, deren Präsenz könne den öffentlichen Diskurs aber auch hemmen.

Der EWR wird als für Liechtenstein beste Integrationsstufe angesehen. Dessen Chancen überwiegen die Gefahren, so die Befragten. Daneben wird aber auch die bilaterale Ebene als wichtig hervorgehoben, vor allem im Kontext regionaler Aufgaben und Problemstellungen im Alpenrheintal. Hier dürfe Liechtenstein nicht immer Trittbrettfahrer sein, sondern müsse Verantwortung wahrnehmen und offene Zusammenarbeit anstreben. Synergien müssten besser genutzt und weitere Harmonisierungen angestrebt werden.

Der demografische Wandel, aber auch die Anpassung an den Wandel der Geschlechterrollen und gesellschaftliche Aufgaben, stellen Liechtenstein vor neue Herausforderungen. Aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Perspektive sei es gemäss den Interviewten wünschenswert, Frauen, ältere Menschen und Zugezogene noch mehr in die Aufgaben in Öffentlichkeit, Staat und Wirtschaft einzubinden. Die Anzahl Arbeitsplätze für geringer qualifizierte werde in Liechtenstein zurückgehen, was das befürchtete Auseinanderklappen der

Schere zwischen Arm und Reich noch verstärken könne und die Sozialpartnerschaft gefährde. Die Diskussion sozialer Fragen müsse mehr Gewicht erhalten.

Aufgrund der Kleinheit, der bereits vorangeschrittenen Zersiedelung und der Verkehrsproblematik stelle die Raumplanung in Liechtenstein eine der grössten Herausforderung dar. Dabei sei eine Grundsatzdiskussion darüber, wie viele Einwohner das Land in Zukunft haben soll, wichtig (gepaart mit der Abwägung der Auswirkungen auf die Umwelt).

Die Bildung wird als sehr wichtige Ressource und das duale System als grosse Stärke Liechtensteins angesehen. Die öffentliche Hand, aber auch die Wirtschaft und Private müssten noch mehr in Forschung, Bildung und Ausbildung investieren. Dies müsse Schwerpunkt der gesamten Region bleiben. (Aus-)Bildung im Ausland sei ebenfalls sehr wertvoll, Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner müssten aber auch einen Anreiz haben, mittelfristig wieder nach Liechtenstein zurückzukehren.

Vor allem in politischen Themen von staatstragender Bedeutung mangle es an einer Diskussions-, Streit- und Konfliktlösungskultur. Die Widerstandsfähigkeit und Opferbereitschaft der Bevölkerung könne so nicht erhöht werden, was ein Problem darstelle, falls einmal Zeiten mit nicht so hohem Wohlstand kommen sollten. Der extrem hohe Wohlstand habe in Liechtenstein Bequemlichkeit gefördert, das Problem der Individualisierung verstärkt und das Bewusstsein für viele Probleme reduziert.

Generell lässt sich sagen, dass in den Experteninterviews viele Gegensätzlichkeiten zwischen den Positionen der Befragten aufgetreten sind und vereinzelt auch Widersprüche in den einzelnen Ausführungen. Dies spiegelt die Zielkonflikte, in welchen sich Liechtenstein befindet und befinden wird. Als wichtigste Trade-Offs und Konflikte können die folgenden Themenfelder identifiziert werden:

- Generell wird kritisiert, dass in Liechtenstein vor allem *reagiert und wenig agiert* werde. Auch wegen des hohen Wohlstandsniveaus werde wenig hinterfragt und erst bei entsprechendem Leidensdruck aktiv nach tragfähigen Lösungen gesucht. Generell herrscht die Einschätzung, dass *langfristige politische Visionen fehlen* oder den kurzfristigen sachpolitischen Zwängen untergeordnet werden.
- Sowohl *in Politik, Wirtschaft als auch Gesellschaft dominieren Einzelinteressen gegenüber dem Gemeinwohl*. Dieses Problem wird von vielen Befragten in den verschiedensten Themenbereichen angesprochen. Diese Entwicklung erschwere sinnvolle Lösungen.
- In engem Zusammenhang mit dem Problem der Dominanz der Eigeninteressen steht die ebenfalls von den Befragten kritisierte Konfliktvermeidungskultur in Liechtenstein, heikle Themen würden vernachlässigt (Steuern, Raumplanung, Zuwanderung, Treuhandsektor, Identität). Dies verunmögliche, schwierige Themen anzusprechen und damit über die einzelnen Interessen hinaus tragfähige Kompromisse zu finden. *Liechtenstein müsse dringend seine Konfliktlösungs- und Diskussionskultur verbessern und offener gegenüber notwendigen Veränderungen sowie resistenter gegenüber daraus folgenden Konsequenzen werden*.
- Der Sparkurs zur Sanierung des strukturellen Defizits des öffentlichen Haushalts Liechtensteins findet zwar breite Unterstützung, allerdings wird von einigen Befragten eine

pauschale «Rasenmäher-Sparpolitik» explizit abgelehnt. Die liechtensteinische Politik und Gesellschaft solle sich bewusst fragen, welche staatlichen Bereiche es brauche, wo man wie stark sparen sollte und wo man mehr finanzielle Ressourcen einsetzen müsste. Zudem solle langfristigen staatlichen (zum Beispiel in Bildung, Forschung und Infrastruktur) und privaten Investitionen (beispielsweise in neue Geschäftsfelder) vermehrt Beachtung geschenkt werden. Dies sei ein Aspekt, welcher in der öffentlichen Diskussion zu kurz komme.

- Eine *effiziente Planung von Raum, Verkehr und Infrastruktur ist in Liechtenstein bis jetzt nur ungenügend* erfolgt. Kurzfristige Eigeninteressen und die politische Vorsicht, solche unpopulären Themen zu thematisieren, hätten in diesem Bereich zu massiven Fehlentwicklungen und zudem zu damit verbundenen Ungerechtigkeiten geführt. Von vielen Befragten wird hier der Wunsch nach einem nationalen Raumplanungsgesetz oder einer konsequenteren Besteuerung von Boden ins Spiel gebracht.
- Der Wohlstand und die *Machtbefugnisse der Gemeinden stellen für die Landespolitik in einigen Bereichen ein Problem dar* (beispielsweise der Sparkurs oder die Raumplanung) und bergen auch für die Zukunft hohes Konfliktpotenzial.
- Der Mangel an Arbeitskräften lässt die Wirtschaftsakteure immer wieder den Wunsch nach einer Öffnung bezüglich der Wohnsitznahme ausländischer Arbeitnehmender, vor allem aber von Hochqualifizierten, in Liechtenstein äussern. Eine *allfällige Öffnung für Zuwanderung stünde aber in mehrdimensionalen Zielkonflikten* mit den beschränkten Bodenressourcen, verschiedenen Umweltaspekten, den steigenden Ansprüchen an die Infrastruktur, der vielerorts geäusserten Skepsis gegenüber zügellosem Wirtschaftswachstum und der konservativen Gesinnung vieler Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner bezüglich Tradition, Heimat und Identitätsfragen. Hier finde der öffentliche Diskurs zu wenig statt.
- Die *Pflege von Standortfaktoren und Stärken der liechtensteinischen Volkswirtschaft sei wichtig, könne aber den nötigen Fokus auf die Suche nach neuen Geschäftsnischen einschränken*. Ein Beispiel stellt die Weissgeldstrategie dar, welche in starkem Kontrast zum traditionellen Treuhandgeschäft steht. Dies nicht nur, was die geschäftsstrategische Umstellung bei den Finanzakteuren betrifft, sondern auch, weil die Tatsache, dass einige Akteure am «alten» Massengeschäft festhalten, die Gefahr berge, den Erfolg der neuen Transparenz und Reputation direkt zu beeinträchtigen.
- Liechtenstein befindet sich im Spannungsfeld zwischen kleinstaatlichen Eigenheiten, welche individuelle Lösungen verlangen, und zunehmendem Vereinheitlichungsdruck von aussen. Als Beispiel wird hier oft der EWR genannt, welcher eine höhere internationale Akzeptanz Liechtensteins und den diskriminierungsfreien Zugang zu internationalen Märkten garantiert, auf der anderen Seite aber auch zusätzliche Anpassungen und Regulierungen mit sich bringt. Generell findet hier eine Gratwanderung zwischen eigenständigen Lösungen (und vereinzelt Ruf nach Abschottung) und internationaler Zusammenarbeit statt.

- Die Integration von Frauen und älteren Menschen ins Erwerbsleben wäre nicht nur aus gesellschaftspolitischer Sicht, sondern gerade in einem Kleinstaat mit begrenzten personellen Ressourcen auch aus wirtschaftlicher Sicht wünschenswert. Eine solche *Gleichstellungsentwicklung steht aber im Widerspruch zum ländlichen Weltbild und zur konservativen Familienpolitik* in Liechtenstein.
- Einige Befragte stellen eine *Tabuisierung sozialer Fragen* fest, was gerade bei der Bewältigung von Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen notwendige Massnahmen erschwere und Probleme verschärfend in die Zukunft verlagere.
- Generell sind die Expertenmeinungen, ob der Staat angesichts der künftigen Herausforderungen eine aktivere Rolle einnehmen soll und wie viel Selbstverantwortung der Wirtschaft überlassen werden soll, heterogen. In vielen Einzelbereichen werden bessere staatliche Leitlinien für die langfristige Lenkung und Planung, gefordert. In einigen Bereichen habe die staatliche Führung diesbezüglich nämlich versagt. Dies macht aber gewisse staatliche Eingriffe notwendig. Trotz dieser Forderungen schimmert jedoch in vielen Expertengesprächen immer der Glaube an Markt und Eigenverantwortung durch («so wenig Staat wie nötig»). Auch hier ergibt sich ein potenzieller Konflikt: Einerseits soll die politische Führung visionär und mutig vorangehen, andererseits sollte der Staat in vielen konkreten Fragestellungen liberal agieren und die Selbstverantwortung fördern.

## ANHANG

### Liste der Befragten

**ALTHERR HANS**, Dr. iur., Ständerat des Kantons Appenzell Ausserrhoden, ehemaliger Präsident der IBK.

**APPEL EGBERT**, Direktor der Hilti Foundation.

**BECK PETER**, Vorsitzender der Geschäftsleitung der liechtensteinischen Post AG.

**BERCHTOLD WILFRIED**, Bürgermeister Stadt Feldkirch.

**BRAUN CANISIUS**, Staatssekretär des Kantons St. Gallen, Mitglied in der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein.

**BROGGI MARIO**, PD Dr., pensionierter Forstingenieur und Ökologe, ehemaliger Direktor der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL).

**BRUNHART HANS**, Alt-Regierungschef, Präsident der Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen (VLGS).

**EBERLE GÜNTHER**, Dr., Landesamtsdirektor des Bundeslandes Vorarlberg, ehemaliges Mitglied der IBK.

**FRICK DORIS**, Dr. oec., Botschafterin in Bern.

**FUCHS BARBARA**, Dr. rer. soc. oec., Dozentin an der Universität Liechtenstein im Bereich Entrepreneurship, Dozentin an der Wirtschaftsuniversität Wien.

**GASSNER CORNELIA**, Dr. iur. LL.M., Alt-Regierungsrätin, Partnerin bei Müller und Partner Rechtsanwälte und Geschäftsführerin bei Gassner Treuhand und Beratungsanstalt.

**GERNER PETER**, CEO des Geschäftsbereichs Heiztechnik der Hoval AG.

**GUT DANIEL**, Dr., Stadtpräsident von Buchs SG, Kantonsrat, Präsident des Vereins Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein.

**HAAS BRIAN**, Präsident Jugendrat (Interview gemeinsam mit David Kranz geführt).

**HILTI DANIEL**, Gemeindevorsteher Schaan.

**HUPPMANN WINFRIED J.**, Prof. Dr., Präsident der Kulturstiftung.

**KÖLBEL PETER**, Programmchef 1FLTV.

**KRANZ DAVID**, Vorstand Jugendrat (Interview gemeinsam mit Brian Haas geführt).

**KRANZ PATRICK**, Dr. oec., Eigentümer der Axalgruppe.

**LÄMMLER RUEDI**, SDA Korrespondent in Chur (u. a. zuständig für Liechtenstein).

**LUDER PETER**, selbstständiger Unternehmer, ehemaliger Produktionsleiter Ospelt AG.

**MARXER ROLAND**, ehemaliger Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten (AAA).

**MATT ROLAND**, CEO Liechtensteinische Landesbank (LLB).

**MEIER GUIDO**, Dr. iur., Präsident des Liechtenstein-Instituts, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Verwaltungs- und Privat-Bank (VPB).

**MEIER PAUL**, Dr. iur., Präsident des Landgerichts.

**RIESEN CLAUDIO**, Dr. iur., Kanzleidirektor des Kantons Graubünden.

**RITTER MICHAEL**, Dr. iur., Alt-Regierungsrat, Partner beim Advokaturbüro Ritter & Ritter Consult.

**ROTH URS**, Dr., Präsident des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA).

**SCHÄDLER ROBIN**, Vorstandsmitglied Verein Symbiose Gemeinschaft, Mitglied der «Zukunftswerkstatt».

**SIMON CLAIRE**, Geschäftsführerin von CIPRA International.

**STEURER HELMUT**, Dr., Direktor der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

**TSCHÜTSCHER KLAUS**, Dr. iur., Alt-Regierungschef.

## Methode der Experteninterviews

### Experteninterview

Das Experteninterview ist eine etablierte Befragungsmethode und zudem eines der am häufigsten eingesetzten Verfahren in der empirischen Sozialforschung. Als Experten werden dabei Personen bezeichnet, von denen angenommen wird, dass sie sich in einem zu erforschenden Fragenkomplex aufgrund ihrer praktischen Tätigkeit oder wissenschaftlichen Betätigung besonders gut auskennen. Bei Experteninterviews muss naturgemäss eine Auswahl aus einer Vielzahl in Frage kommender Personen getroffen werden. Experteninterviews werden in der Regel in Form von Leitfadeninterviews durchgeführt. Zum Leitfaden und der Expertenauswahl siehe weiter unten.

### Zielsetzung

In der vorliegenden Befragung wurden mit Hilfe von Experteninterviews die Einschätzungen und Meinungen über eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung Liechtensteins erhoben. Abgeleitet aus dem Erkenntnisinteresse, möglichst breit gefächerte wirtschafts- und gesellschaftspolitisch relevante Aspekte für eine erfolgreiche zukünftige Gestaltung Liechtensteins aufzudecken, wurden die Interviews nicht eng strukturiert, sondern leitfadengestützt konzipiert und durchgeführt. Ziel war es, den Experten Raum zu geben, um ihre Inputs möglichst frei von einer engen Frageführung kundtun zu können. Das nichtstandardisierte Leitfadeninterview empfiehlt sich besonders für Untersuchungen, in welchen aufgrund des Erkenntnisinteresses verschiedene Themen untersucht werden müssen (Gläser und Laudel 2009: 111<sup>1</sup>). Der übergeordnete wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themenkomplex wurde jedoch durch das Ziel der Untersuchung festgelegt und nicht durch die Antworten der Experten bestimmt. Welche einzelnen Themen im Interview prioritär angesprochen wurden, lag in der Hand der Interviewten. In der Interviewsituation wurde dies so gehandhabt, dass bei Unklarheiten oder bei zu generellen Aussagen spezifisch nachgefragt wurde. Die Zeitdauer eines Interviews wurde auf circa eine Stunde festgelegt.

### Leitfaden

Der Leitfaden bestand aus den zuvor genannten Gründen aus wenigen, bewusst offen gehaltenen grundsätzlichen Fragen. Die Grobstruktur des Leitfadens gliedert sich in drei Teile («Allgemeiner Teil», «Thematischer Teil» und «Zusatzblock»). Im «Allgemeinen Teil» wird als Einleitung in das Gespräch spezifisch auf den Experten eingegangen und Fragen zur beruflichen Funktion und weiteren Engagements (Verwaltungsratsmandate, Organisationen, Vereinstätigkeiten, Interessengruppen, etc.) gestellt.

---

<sup>1</sup> Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Im thematischen Teil des Interviews wurde anschliessend in einem ersten Schritt mit folgender Frage auf die wichtigsten Herausforderungen in Liechtenstein eingegangen: «Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen für Liechtenstein im Moment?». Mit spezifischem Nachfragen wurde – falls erforderlich – nachgehakt, warum das die wichtigsten Herausforderungen sind und ob sich der Interviewpartner Gedanken darüber gemacht hat, wie man diese Herausforderung angehen könnte.

Im Hauptteil des Interviews wurde anschliessend mit der folgenden Einleitungsfrage auf die Zukunft eingegangen: «Wenn wir nun die Gegenwart verlassen und 10 bis 20 Jahre in die Zukunft reisen, wo stehen wir da? Was sind die grossen Gefahren, Herausforderungen oder Chancen, die Sie sehen? Mit welchen grossen Entwicklungen rechnen Sie?». Da die Befragten tendenziell in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld verhaftet sind und demzufolge zum Teil hauptsächlich Probleme und Herausforderungen in dem Feld, aus dem sie stammen, ausführten, wurde falls notwendig themenbereichsspezifisch nachgefragt. Beispielsweise in einem Interview, wo bis zu diesem Zeitpunkt vor allem Umwelt, Innenpolitik und Medien thematisiert wurden, fragte der Interviewer bzw. die Interviewerin: «Und in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft, wo sehen Sie da die grössten Probleme und Herausforderungen und warum?» und «Wie könnte man Ihrer Meinung nach diesen Problemen und Herausforderungen adäquat begegnen?». Zum Abschluss dieses Hauptteils wurde nach den regionalen Herausforderungen gefragt und es wurde insbesondere der Frage nachgegangen, in welchen Bereichen (mehr) überregionale Zusammenarbeit sinnvoll wäre.

Je nach erfolgter Gesprächsdauer wurde der optionale Zusatzblock wahrgenommen. In diesem Zusatzblock wurden die Experten gebeten, zu Aussagesätzen und Stichworten in Kürze Stellung zu nehmen. Beispiele für Aussagesätze sind: «Ich sehe für die Zukunft Liechtensteins das grösste Problem, dass es nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte in Liechtenstein gibt» oder «Liechtenstein fehlt es an einer Diskussionskultur und an einer grossen Vision für die Zukunft». Stichworte sind zum Beispiel folgende: Wirtschaftswachstum, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Staatsfinanzen, Demokratiequalität, demografischer Wandel, Raumplanung, Forschungsumfeld. Die Aussagesätze werden im Verlauf der Interviews mit dem Ziel aktualisiert, zu öfters getätigten Aussagen zusätzliche unterstützende oder ablehnende Positionen zu erhalten.

## Expertenauswahl

Die Auswahl der Experten, welche befragt wurden, ist im Zusammenspiel des Liechtenstein-Instituts mit der Stiftung Zukunft.li entstanden. Es wurden Persönlichkeiten aus unterschiedlichsten Tätigkeitsbereichen (z.B. Wirtschaft, Recht, Politik national und international, Wissenschaft), Herkunftsregionen (Hauptteil aus Liechtenstein, jedoch auch aus der grenznahen Schweiz und aus Österreich) sowie Altersgruppen als Experten bestimmt. Hinsichtlich der ausländischen Interviewpartner wurde darauf geachtet, dass diese eine gewisse Verbindung zum Land Liechtenstein aufweisen. Die ausgewählten Experten wurden von der Stiftung Zukunft.li zuerst brieflich und in einem zweiten Schritt vom Liechtenstein-Institut telefonisch kontaktiert und nach der Interviewbereitschaft gefragt. Bei Zusage

wurde ein Interviewtermin vereinbart. Von den 32 angefragten Experten erklärten sich 31 zu einem Interview bereit (Liste der Interviewten im Anhang weiter oben).

## Durchführung

Die Experteninterviews wurden vom 15. Juni 2015 bis zum 14. Juli 2015 durchgeführt. 21 der Interviews fanden am Arbeitsplatz, sieben im Liechtenstein-Institut, eines im Vereinsraum des Jugendrats, eines privat an der Wohnadresse und ein Interview telefonisch statt. Die Interviews wurden jeweils in doppelter Interviewbesetzung geführt. Die Mitarbeiter des Liechtenstein-Instituts Linda Märk-Rohrer, Andreas Brunhart und Roman Büsser führten jeweils die Interviews und die Praktikantin Alina Brunhart machte hauptsächlich die Notizen zum Gespräch sowie die Audioaufzeichnungen. Den Interviewpartnern wurde zugesichert, dass ihre Aussagen vertraulich behandelt und im Bericht anonymisiert wiedergegeben werden. Die Namen und Funktionen der Experten werden nur im Anhang des Berichts aufgelistet. Die Interviewpartner wurden gefragt, ob das Gespräch zwecks der weiteren Analyse mit einem Audiorekorder aufgezeichnet werden darf. 30 der 31 Interviewpartner waren mit der Aufzeichnung einverstanden. Die meisten Interviews dauerten ca. 1 Stunde, der Mittelwert aller Interviews betrug 64 Minuten. Das längste Interview dauerte 95 Minuten, das kürzeste 39. Die Interviewdauer sagt jedoch nichts über den inhaltlichen Gehalt aus (siehe Ausführungen dazu im nächsten Kapitel). Im Anschluss an die Interviews wurden zur weiteren Auswertung auf Basis der Notizen und Aufnahmen drei- bis fünfseitige Gesprächsprotokolle erstellt.

## Erfahrungen bei den Interviews

Die Gesprächsbereitschaft fast aller Experten war hoch und sie gaben offen Auskunft. Von der Mehrheit der Befragten wurde das Projekt «Zukunftsradar» wohlwollend aufgefasst. Dass ein Bedarf besteht, sich über die Zukunft grundsätzliche Gedanken zu machen, Visionen zu formulieren und festzuhalten und damit allenfalls auch eine Diskussion im Land in Gang zu setzen, steht nach der Durchführung der Experteninterviews ausser Frage. Erstaunlich war die Meinungsvielfalt der Experten über das eigene Fachgebiet hinaus. Während beispielsweise von einigen «wirtschaftsfernen» Experten wirtschaftliche Themen stärker gewichtet wurden, waren dies bei einigen «wirtschaftsnahen» Experten hauptsächlich gesellschaftspolitische Themen. Durch gezieltes Nachfragen äusserte sich die Mehrheit der interviewten Personen zu allen Themenkomplexen.

Bei den leitfadengestützten Interviews zeigten sich Unterschiede in der Beantwortung der bewusst offen gehaltenen Fragestellungen. Einige Experten hielten sich bei den Antworten kurz, andere sind immer wieder abgeschweift. Die Herausforderung bestand erstens darin, bei den kurz gehaltenen Antworten öfters nachzuhaken und nach Gründen und Lösungsmöglichkeiten für getätigte Aussagen zu fragen. Bei diesen Experten kam der Zusatzblock eher zum Tragen als bei denjenigen, welche sehr ausführlich antworteten. Beim zweitgenannten Typus von Experten galt es das Gespräch zurück auf das Erkenntnisinteresse der

Studie, nämlich die Eruierung der Chancen und Herausforderungen für eine erfolgreiche Gestaltung Liechtensteins, zu leiten.

Aufgefallen ist zudem, dass bei vielen Experten ein gewisser Grundtenor zu erkennen war. Einige zeichneten ein überwiegend positives und optimistisches Bild der Zukunft Liechtensteins, während andere kritisch und eher pessimistisch waren. Manchmal benötigte es einiges an Anstrengungen, die Gründe für eine vermeintlich positive oder negative Sichtweise aufzudecken. Zum Beispiel die Aussage «das funktioniert gut, in diesem Bereich sind wir gut aufgestellt» war in Bezug auf das Erkenntnisinteresse nicht hinreichend. In diesen Fällen bedurfte es geschickter Nachfragen. Eine Schwierigkeit bei den Aussagen der Experten bestand in der Trennung von Gegenwart und Zukunft. Die genannten Probleme, welche bei der Gegenwartsfrage aufgeworfen wurden, spielten aus Sicht der Befragten auch in der Zukunft eine Rolle, je nachdem weniger oder stärker ausgeprägt. Gegenwart und Zukunft flossen in den Ausführungen ineinander über. Bei der Interviewführung bestand also eine Herausforderung darin, dass die Interviewten nicht nur in der Gegenwart verhaftet blieben, sondern auch wirklich Gedanken und Visionen für die Zukunft entwickelten. Da es generell einfacher und zielführender ist, gemeinsam Visionen zu entwickeln (beispielsweise in Gruppengesprächen und -diskussionen) bestand in dieser Hinsicht mit dem Instrument des Einzelinterviews eine zusätzliche Schwierigkeit. Der Interviewleitfaden hat sehr gut funktioniert. Nach den ersten Interviews wurde die Funktionalität des Leitfadens besprochen und es wurden nur im Detail Anpassungen gemacht. Beispielsweise wurden zwei Aussagesätze gelöscht und mit anderen ersetzt.

## Auswertungsmethodik

Die Auswertung erfolgte in einem gestuften Verfahren mit der Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse. Die Entwürfe der auf Basis der Notizen und Audiodateien erstellten Protokolle wurden von weiteren zwei Personen gegengelesen und es wurden gegebenenfalls Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen. Auf Basis der finalen Protokolle wurden die wichtigsten und dringendsten Herausforderungen herausgefiltert und die Kapitelstruktur des Berichts erarbeitet. Die Kapitel sind: Wirtschaft; Politik und Staat; Region und internationale Zusammenarbeit; soziale Zusammenhänge und Herausforderungen; Umwelt; Bildung und Forschung; Gesellschaft und Individuum. Entsprechend der Kapitelstruktur wurden sodann die Expertenaussagen aus den finalen Protokollen extrahiert und in einer Excel-Tabelle festgehalten. Im Anschluss an die Extraktion wurden die Kapitel gemäss den Inhalten der Tabelle entworfen, dabei galt es, übergreifende und zusammenhängende Argumente zu bündeln und Gegensätze aufzuzeigen. Diese Entwürfe wurden von den Interviewern gegengelesen und schriftlich kommentiert. Anschliessend wurden die Kommentare kapitelweise in der Gruppe diskutiert und resümiert. Die Schlussfolgerungen und Erkenntnisse für jedes Kapitel wurden daraufhin in einer abschliessenden Synthese zusammengefügt und der Bericht damit geschlossen.



Abbildung: Auswertungsmethodik (eigene Darstellung)

## Beteiligte Projektmitarbeitende



**Dr. Wilfried Marxer**

Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten München und Berlin.  
Doktorat in Politikwissenschaften an der Universität Zürich.  
Direktor des Liechtenstein-Instituts und Forschungsleiter Politikwissenschaft.

---



**Andreas Brunhart, PhD**

Studium der Volkswirtschaft (Nebenfächer Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft) an der Universität Bern.  
Doktorat (PhD) in Volkswirtschaft an der Universität Wien.  
Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, Lehraufträge an der Universität Liechtenstein und der HTW Chur, ehemaliger Mitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein.

---



**Lic. phil. Roman Büsser**

Studium der Medien- und Publizistikwissenschaft (Hauptfach) und Politikwissenschaft, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Nebenfächer) an der Universität Zürich.  
Doktorand am Liechtenstein-Institut und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.

---



**Dr. Linda Märk-Rohrer**

Studium der Politikwissenschaft (Hauptfach) und Sozialanthropologie (Nebenfach) an der Universität Fribourg. Studium der Soziologie (Nebenfach) an der Universität Bern.  
Doktorat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Liechtenstein-Institut, ehemalige Mitarbeiterin beim Jahrbuch Année Politique Suisse.

---



**Alina Brunhart, B.A.**

Studium der Politikwissenschaft und der Allgemeinen Geschichte an der Universität Zürich. Masterstudium in International Security Studies an der University of St. Andrews

---



**Ruth Allgäuer**

Direktionsassistentin.  
Layout.

---



**Brigitte Bühler**

Direktionsassistentin.  
Finanzen, Personal, Administration.

---

**Liechtenstein-Institut**  
Forschung und Lehre



Das Liechtenstein-Institut wurde 1986 als privates, wissenschaftliches Forschungsinstitut mit Sitz in Bendern gegründet. Das Institut forscht zu liechtensteinrelevanten Themen in den Fachbereichen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft.

**Liechtenstein-Institut**

St. Luziweg 2

9487 Bendern

Fürstentum Liechtenstein

T +423 373 30 22

[info@liechtenstein-institut.li](mailto:info@liechtenstein-institut.li)

[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)



Die gemeinnützige «Stiftung Zukunft.li» wurde 2014 gegründet und versteht sich als ein liberaler Think-Tank für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Die Stiftung pflegt den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

**Stiftung Zukunft.li**

Industriering 10

9491 Ruggell

Fürstentum Liechtenstein

T +423 390 00 00

[info@stiftungzukunft.li](mailto:info@stiftungzukunft.li)

[www.stiftungzukunft.li](http://www.stiftungzukunft.li)